

Der Arbeiterwille



Wochenzeitung für die Gerichtsbezirke Umstetten, Gaming, Haag, Scheibbs, St. Peter, Waidhofen und Ybbs

Redaktion und Verwaltung: Umstetten, Ardaggerstraße 28. Kleinige Anzeigenannahme durch die Verwaltung des Blattes in Umstetten. Bezugspreise: Im Abonnement bei Zustellung durch den Kolporteur 25 Groschen, bei Postzustellung S 1.30 im Monat. Einzelnummer 30 Groschen

Jahrgang 6

Freitag, den 29. Dezember 1933

Nummer 52

Unser Weg ins neue Jahr.

Während der historischen Kampffahre um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht waren wohl die größten Massenversammlungen, welche die österreichische Arbeiterchaft jemals abgehalten hat. Aber nicht nur die Zahl der Versammlungsbesucher war imposant, weit darüber hinaus zeichneten sich diese Versammlungen aus durch Zielklarheit, Geschlossenheit des Massenwillens und durch opferfreudigen sozialistisch-proletarischen Kampfgeist.

In Wien, Graz, Prag, Brünn, Lemberg, Czernowitz und Triest waren die Zentren des unvergesslichen Kampfes, der nach der raschen Niederbringung dreier mächtiger Regierungen mit der Erreichung des Kampfzieles, mit der Einführung des gleichen Wahlrechtes, endete.

Hier sei in unserer Neujahrsbetrachtung eines Satzes erwähnt, den unser vortrefflicher Wortführer Engelbert Bernerstorfer damals in einer Massenversammlung in den Sofientälen aussprach:

„Wir haben die Pflicht und auch den Mut, auszusprechen, was ist, nicht die Augen vor uns selber zu schließen und nicht vor der Macht unserer Feinde; dann werden wir auch in diesem Kampf siegen — und wenn die Welt voll Teufel war.“

Auch in den heutigen Tagen stehen wir als geschlossene Truppe gegen einen mächtigen Gegner. Alles, was „antimarxistisch“ ist oder es zu sein vorgibt, steht in einer Kampffront gegen die sozialdemokratische Partei. Heute wollen wir an die Worte unseres Freundes Bernerstorfer denken und in unserer Neujahrsbetrachtung nach diesen Worten handeln und aussprechen, was ist.

Das Jahr 1933 war in Österreich, und fast in der ganzen Welt ein Verlustjahr für die Demokratie

im allgemeinen, für die Sozialdemokratie der mitteleuropäischen, der west- und der südböhmischen Sozialdemokratie im besonderen. Es war vielleicht das schwerste Jahr seit dem Bestand der Sozialdemokratie überhaupt. Der Weltfaschismus hat in den wichtigsten europäischen Staaten gesiegt. Die ehemals stärkste Sozialdemokratie der Welt, die Partei im Deutschen Reich liegt ohnmächtig auf dem Boden. Die Kerker, die Konzentrationslager sind mit unseren besten Genossen angefüllt und unsere Flüchtlinge irren in der halben Welt herum.

Ähnlich ist es in Italien und, wenn auch nicht so arg, in Polen, Ungarn, Jugoslawien usw. Neuherrlich geschwächt ist auch die Position der Sozialisten in Frankreich und Spanien, wo taktische und programmatische Streitigkeiten die Schlagkraft der Partei bedauerlich geschwächt haben.

Auch für uns in Österreich ist die Krise des Weltkapitalismus mit ihren politischen Erscheinungen (Faschismus usw.) nicht spurlos vorübergegangen. Die politische Schlagkraft der Partei ist gehemmt und die soziale Machtstellung der Arbeiterklasse heruntergedrückt, durchlöchert und verringert.

Also aussprechen was ist!

Das politische Entscheidungs- und Mitbestimmungsrecht der Sozialdemokratie in der Gesetzgebung für den Staat, im Nationalrat und Bundesrat, ist verlorengegangen. Es wurde auf die engen Gebiete der Länder- und Gemeindeparlamente zurückgedrängt und steht auch dort auf recht unsicheren Füßen (Regierungskommissar im Falle einer Auflösung). Damit ist die Verwaltung fast von jeder Kontrolle befreit. Die alten Verfassungsrechte existieren kaum mehr, sogar ihre Gerichtsbarkeit ist fast völlig außer Kraft gesetzt.

Alle Wahlen (Land, Gemeinden) sind sistiert, ja sogar die Wahlen in die berufständlichen Vertretungen (siehe Verordnung über die Arbeiterkammern) dürfen nicht stattfinden.

Aber nicht nur diese verfassungsmäßige Demokratie ist verlorengegangen, sondern

„Weg damit!“



auch die Arbeitsdemokratie (Betriebsdemokratie) wurde vielfach ausgeschaltet, wie die Umänderungen der Rechtsbasis für die Personalvertretungen, beispielsweise für die Staatsarbeiter, Post- und Telegraphenverwaltung, Bundesbahnen, gemeinwirtschaftliche Anstalten usw. es beweisen. Die

Durchlöcherung des Koalitionsrechtes,

das durch Jahrzehnte hindurch ausgebaut und vermehrt wurde, macht immer neue Fortschritte. Verordnungen betreffend Streikverbote, Verschlechterung des Arbeitslosenunterstützungsrechtes, Verschlechterung des Arbeiterlohnes (siehe Bäckerarbeitergesetz, Lehrlingsgesetz, Überstundenentlohnungsrecht usw.) lösen eine die andere ab. Jede bringt neue Verluste an den erworbenen und erkämpften Sozialrechten der Arbeiterschaft. Die Einschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes, Auflösung des Schutzbundes, Versammlungsverbote sowie Einschränkungen der Presse- und Kolportagefreiheit (Vorlagepflicht, Konfiskationspraxis) usw. spürt die Sozialdemokratie und spürt die ganze Bevölkerung so sehr am eigenen Leibe, daß es überflüssig ist, noch mehr dazu zu sagen.

Es ist auch überflüssig, irgendeinen Sündenbock zu suchen.

Die heutigen Zustände sind das Ergebnis der politischen und wirtschaftlichen (ökonomischen) Gesamtentwicklung der Gesellschafts- und Staatsordnung der letzten anderthalb Jahrzehnte in aller Welt und auch bei uns in Österreich.

Daß trotz aller dieser heftigen Erschütterungen und dieses eisernen politischen und wirtschaftlichen Druckes, daß trotz allen Notverordnungen der Politik und allen wirklichen „Not“verordnungen der Weltkrise (Arbeitslosigkeit, Hunger und Zwang) die österreichische Sozialdemokratie so entschlossen, aber auch klug abwartend dasteht, ist der beste Beweis für ihre physische und geistige Kraft und Unüberwindlichkeit.

Und nochmals: Aussprechen, was ist!

Das Jahr 1933 war für die sozialdemokratische Partei ein Jahr schwerer Ver-

luste, weil es in die steilste Kurve der konterrevolutionären Entwicklungsstufe gefallen ist. Für alle ihre Vertrauensmänner und Funktionäre (wir lehnen es ab, „Führer“ zu haben) erwächst aus dieser Situation heraus die Pflicht zur angestrengtesten Arbeit für die Demokratie und den Sozialismus, gleichviel auf welchem Kampf- und Vertrauensposten sie stehen mögen.

Halten wir uns alle frei von jeder heillosen Zaghaftigkeit und von jeder nicht in der Macht der Partei verankerten Kraftmeierei. Vor allem: Lassen wir uns von niemand, wer es auch sei, und mögen solche „falsche Propheten“ auch noch so „überzeugend“ reden, verwirren oder gar in unserer, Einigkeit stören. Auch das kommende Jahr wird

ein Jahr des Abwehrkampfes

sein.

Ein alter Feldherr und Schlachtengewinner (Montecuccoli) sagte einst: „Wer siegen will, muß warten können!“ Was wir im Jahre 1934 besonders tun müssen und worauf wir stets denken müssen, ist vor allem:

Ein besseres NEUES JAHR

als das abgelaufene wünscht allen Lesern, Mitarbeitern und Kolporturen

Die Redaktion und Verwaltung

Wir müssen alle Kraft verwenden für den inneren Ausbau der Partei und aller ihrer Organisationen. Vertiefung der Massenerkenntnis, strenge Beachtung der politischen und wirtschaftlichen Grenzen unserer Macht, lernen und bilden.

Wir müssen vielleicht kleine Schäden ausbessern, Lücken ausfüllen, die Front aller Sozialisten noch besser schließen, wir müssen kämpfen, um neue Angriffe abzuwehren, vielleicht da und dort Verlorenes zurückzugewinnen.

Zwei Hauptaufgaben

barren unser im neuen Jahre. Erstens die Arbeiterklasse und die Sozialdemokratie vor weiteren Verlusten zu bewahren und zweitens die Reste in Wirtschaft und Demokratie vor dem völligen Untergang zu retten. Wir wissen aus der Geschichte, daß aller Zwang und alle Gewalt nicht vermag, auf die Dauer zu bestehen. Wenn es auch noch so viele Leute gibt, die heute meinen, daß der „Marxismus“ bald „verschwinden“ werde, wir wissen es besser. Der Marxismus ist keine Erfindung der Arbeiterschaft, so wenig als der „Klassenkampf“. Der erstere ist lediglich eine wissenschaftliche Begründung von Entwicklungstatsachen und der zweite ein naturnotwendiges Produkt der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, deren Alleinherrschaft sogar das Mundschreiben des Papstes (Quadragesimo anno) als unchristlich verneint. Man kann also beide nicht einfach „abschaffen“.

Allen jenen aber, die vermeinen, man könne die Arbeiterschaft und die Sozialdemokratie in Österreich dauernd in einer Art Ausnahmezustand erhalten, rufen wir einen Ausspruch des altösterreichischen — „baterländischen“ — Dichters Emil Erlitz zu:

„Alles, was Zwang und Gewalt ist, macht die Menschen schlechter; die, die Gewalt üben, und die, die Gewalt leiden!“ (Roman: „Die Leute vom Blauen Guggenhäus.“)

So also wird auch für uns das neue Jahr 1934 sein, was für uns jedes Jahr bis nun war: ein Jahr des Kampfes und der Arbeit für die Arbeitenden und Schaffenden im Lande. Und wird das Jahr 1934 noch nicht ein Jahr des Sieges sein, so wissen wir dennoch und glauben daran wie an ein Evangelium: Einmal kommt ein neues Jahr für uns, ein neues Jahr des sieghaften Sozialismus.

Vertrauensmänner, Achtung!

Vom 1. bis 10. Jänner müssen in allen Gemeinden die Wählerlisten für die Landwirtschaftskammerwahlen zur Einsichtnahme und Reklamation öffentlich aufliegen. Jedermann hat das Recht, in die aufgelegten Wählerlisten Einsicht zu nehmen und sich eine Abschrift zu machen. Zur Einbringung von Reklamationen sind jedoch nur Personen berechtigt, die bei der Landwirtschaftskammerwahl wahlberechtigt sind.

Vertrauensmänner, erfüllet eure Pflicht!

Macht euch eine Abschrift von der Bauernkammerwählerliste eurer Gemeinde und veranlaßt die Einbringung der notwendig erscheinenden Ergänzungen oder Richtigstellungen.

Wird die Wählerliste erst nach dem 1. Jänner aufgelegt, dann muß sie noch so viele Tage nach dem 10. Jänner aufliegen, als sie später aufgelegt wurde. An welchen Stunden und in welchem Raum die Wählerliste zur Einsichtnahme aufgelegt wird, ist aus einem Anschlag auf der Amtstafel zu sehen.

AUS DEM LANDHAUS

Lehrerfragen im Landesschulrat.

In der Budgetberatung des Landtages nahmen die Schul- und Lehrerfragen einen breiten Raum ein. Die sozialdemokratischen Redner verwiesen insbesondere auf die Not der Probelehrer und verlangten die Anstellung von Hilfslehrern.

In der Sitzung des Landesschulrates am 21. Dezember stellten die sozialdemokratischen Landesschulratsmitglieder Hein, Werndl, Wache und Celnig zur Regelung dieser wichtigen Fragen einen Dringlichkeitsantrag, einen Antrag und zwei Anträge. Nachstehend wollen wir kurz über den Inhalt und über die Erledigung dieser Anträge und Anträge berichten.

Der Dringlichkeitsantrag

wegen einer Weihnachtsremuneration für die Probelehrer hat folgenden Wortlaut:

Die Not der niederösterreichischen Probelehrer und Probelehrerinnen ist notorisch. Es ist bekannt, daß es sich durchweg um mittellose Menschen handelt, unter denen sich Kinder von Kleinbauern, Arbeitern und sogar von Arbeitslosen befinden. Da das Gesetz eine Entlohnung von Probelehrern leider nicht vorsieht, aber eine Unterstützung dieser Lehrerkategorie aus Landesmitteln gerade zu Weihnachten dringend geboten erscheint, stellen die Geseftigten den Antrag:

Das Präsidium des niederösterreichischen Landesschulrates wird aufgefordert, bei der Landesregierung eine Weihnachtsremuneration von 100 S für jede Probelehrkraft zu beantragen.

Dieser Dringlichkeitsantrag wurde angenommen.

Die zwei Anträge.

Eine Anfrage behandelt den Lehrermangel in Niederösterreich

und hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund der amtlichen Mitteilungen des Herrn Vorstehenden über die Klassenzahlen und Lehrerzahlen in Niederösterreich ergibt sich, daß der Überschuss an Volks- und Hauptschullehrern gegenüber der Klassenzahl lediglich zehn beträgt, obwohl in Wien bei einer nahezu gleichen Klassenzahl um 1100 Volks- und Hauptschullehrer mehr zur Verfügung stehen, als Klassen vorhanden sind. Dazu kommt noch, daß in Niederösterreich die Zahl der Schulleitungen eine weit größere ist als in Wien. Aus dem Angeführten ergibt sich, daß für erkrankte Lehrkräfte in der Regel kein Ersatz vorhanden ist, so daß der Schulbetrieb unter dem Lehrermangel stark leidet, andererseits aber die Schulbehörden gezwungen sind, unbezahlte Probelehrer zur Supplimentierung und sogar zur Führung von Klassen zu verwenden.

Die Geseftigten gestatten sich daher die Anfrage: Was gedenkt das Präsidium des Landesschulrates für Niederösterreich zu tun, um diesem katastrophalen Lehrermangel ein Ende zu bereiten?

Der Präsident teilt mit, daß die Heranziehung von unbezahlten Probelehrern zum Unterricht nur in der Erwartung gebildet wurde, daß diese bald als Hilfslehrer eingestellt werden.

Die zweite Anfrage betrifft die ständige Remuneration der in Niederösterreich beschäftigten Probelehrer

und führt folgendes aus:

Das Land Kärnten hat 74 Aspiranten in den Kärntner Schuldienst eingestellt, die mit

je 136 S im Monat entlohnt werden. Weitere 60 Lehramtsanwärter wurden unter dem Titel des Freiwilligen Arbeitsdienstes (zusätzliche Unterrichtsverteilung) in den Kärntner Schuldienst eingestellt und erhalten monatlich 100 S sowie die Bezahlung der Krankentasse. Da der vom Freiwilligen Arbeitsdienst für jede Lehrkraft zur Verfügung gestellte Beitrag von S 250 pro Tag nicht ganz ausreicht, wurde aus Mitteln der Winterhilfe ein Zuschuß gewährt. Diese letztere Aktion ist im Lande Kärnten vorläufig bis März 1934 in Aussicht genommen. Auch das Land Wien, dessen Probelehrer freiwillig über Verlangen des Bundesministeriums für Unterricht den Titel Hilfslehrer führen müssen, gewährt diesen eine monatliche Remuneration von 120 S.

Die Geseftigten stellen daher die Anfrage:

Was gedenkt das Präsidium des Landesschulrates für Niederösterreich zu veranlassen, um auch den niederösterreichischen Probelehrkräften eine ähnliche Remuneration zu erwirken?

Präsident Czermak teilt mit, daß er schon diesbezügliche Schritte unternommen, daß er aber nun mehr auf Grund der in der Anfrage enthaltenen Mitteilungen offizielle

Die Bauernkammer wahrt ihre demokratischen Rechte.

Am 22. Dezember fand in Wien eine Hauptversammlung der Niederösterreichischen Bauernkammer statt. Den Geschäftsbericht erstatteten der Präsident Landeshauptmann Reither und der Direktor Ingenieur Greil. Als erster Redner in der Debatte sprach

Abgeordneter Mentasti

(Sozialdemokrat), der zuerst darauf hinwies, daß der Bauernkammer nach der Ausschaltung des Parlaments immer mehr Verantwortung für alle Fragen der Landwirtschaft, insbesondere der landwirtschaftlichen Gesetzgebung, zufällt. Genosse Mentasti verwies ferner auf die Verordnung der Regierung, die die Selbstverwaltung der Arbeiterkammern durch freigestellte Vertreter aufhebt. Er hält es für notwendig, daß die Bauernkammer rechtzeitig ihre Stimme erhebt, um nicht über Nacht vor gegebene Tatsachen gestellt zu sein. Insbesondere sei es notwendig, rechtzeitig zur geplanten Verfassungsreform Stellung zu nehmen und die Rechte der Bauernschaft zu wahren. Anschließend wies Mentasti auf die völlige Umwälzung in dem Verhältnis der landwirtschaftlichen Produktion zum Absatz hin und erinnerte daran, daß die Sozialdemokraten die jetzigen Zustände vorausgesehen und immer schon eine Planwirtschaft gefordert haben. Mentasti kritisierte dann die Verordnungen und Vorschriften über die Schweinehaltung und über die Milchwirtschaft und urteilte auch die Verlängerung der Pächterschutzverordnung und die Handhabung des Gesetzes über die Aufhebung der Fideikommissgüter.

Auf die eindrucksvolle Rede des Genossen Mentasti erwiderte Präsident Reither, der erklärte:

Wer immer es wagen sollte, die Rechte der Bauernschaft anzutasten, die Einrichtungen und Befugnisse der Kammer zu

Verhandlungen des Landesschulrates mit den zuständigen Stellen einleiten werde.

Ein Antrag der Sozialdemokraten verlangt die

Auszahlung der Substitutionsgebühren an jene Probelehrer, die tatsächlich selbstständig Klassen geführt oder suppliert haben

und lautet:

Wie durch genaue amtliche Erhebungen jederzeit festgestellt werden kann, haben seit Schulbeginn zahlreiche Probelehrer und Probelehrerinnen ständig oder vorübergehend selbstständig unterrichtet. Da es nicht die Absicht des Landes Niederösterreich sein kann, daß diese Arbeitsleistung nicht entlohnt wird, stellen die Geseftigten den Antrag:

Jede selbständige Supplimentierung oder Klassenführung durch niederösterreichische Probelehrer und Probelehrerinnen ist amtlich festzustellen und nach den sonst für beratende Supplimentierungen üblichen Normen zu entlohnen.

Dieser Antrag wird der Geschäftsordnungs-mäßigen Behandlung zugewiesen.

Die Sozialdemokraten haben damit die dringendsten Lehrerfragen zur Behandlung gestellt und gezeigt, wie sie rasch gelöst werden können. Es liegt nun ausschließlich an der christlichsozialen Mehrheit im Landtag und in der Landesregierung, diese Fragen der Erledigung zuzuführen.

schmälern, muß mit dem entschiedenen Widerstand und der Abwehr der gesamten Bauernschaft rechnen.

Bemerkenswert ist, daß sowohl Landeshauptmann Reither als auch Minister a. D. Buchinger in der Sitzung des Hauptausschusses der Bauernkammer

gegen eine Einschränkung der Konsumgenossenschaften

eintraten und darauf verwiesen, daß gegen den Versuch des Handelsministeriums, zugunsten einiger Fleischhauer den Konsumvereinen den Verkauf von Fleisch und Wurst zu entziehen, im Interesse der Bauernschaft entgegenzutreten werden muß. Buchinger erklärte, daß der Versuch, den Konsumvereinen die Neuaufnahme von Mitgliedern zu verwehren, ebenfalls gegen das Interesse der landwirtschaftlichen Genossenschaften gerichtet sei, deren größte und verlässlichste Abnehmer die Konsumgenossenschaften der Arbeiter seien.

Die christlichen Bauernvertreter haben sich also hier für die Zusammenarbeit mit den Arbeitern und für die Verteidigung ihrer demokratischen Rechte ausgesprochen.

Das freilich mit einer einzigen Ausnahme. Dem Hauptauschuß gehört auch der Großgrundbesitzer Herr „Graf“ Thurn-Balsassina an. Thurn meldete sich ebenfalls zum Wort und erklärte gegenüber dem Kammerrat Mentasti, der es in seiner Rede bedauert hat, daß den Bauernabgeordneten durch die Ausschaltung des Parlaments die Möglichkeit genommen sei, praktisch an der landwirtschaftlichen Gesetzgebung mitzuarbeiten: „von seinem Standpunkt aus sei es sehr gut, daß die Regierung ohne Parlament durch Notverordnungen die

Staatsgeschäfte führt“. Als Mentasti in einem Zwischenruf bemerkte, daß glaube er ihm in seiner Stellung gern, löste dies bei allen Bauernräten zustimmende Heiterkeit aus. Der Herr „Graf“ fand also mit seinem „Standpunkt“ in der Bauernkammer keine Anhänger.

Konjunkturbereitschaft im Jahre 1931?

In seinem letzten Monatsbericht des Jahres 1933 stellt das Österreichische Institut für Konjunkturforschung (eine halbamtliche Einrichtung) fest, daß die Weltwirtschaft mit erhöhter Konjunkturbereitschaft in das neue Jahr eintrete. Dazu hat vor allem die sich durch Bankrotterklärungen, Abschreibung und Dollarsenkung herausbildende Vereinigung der internationalen Verschuldung, die einen wichtigen Störungs-faktor vorstellt, beigetragen. Wenn die Schwankungen des Dollarkurses aufhören, die neue deutsche Transferregelung zu keinen weiteren Verwicklungen führt, und auch sonst keine außerwirtschaftlichen Störungen eintreten, kann mit einer Fortsetzung der Bewegung im neuen Jahr gerechnet werden. Die Wirtschaftsbellebung, die auf der ganzen Welt festzustellen ist, hat sich auch in Österreich gezeigt, wenngleich ihre Erscheinungen hier nur sehr gering sind. Was der Weltwirtschaft und der österreichischen Wirtschaft immer noch droht, sind politische Eingriffe und das Festhalten an Maßnahmen, die sich im Verlaufe des vergangenen Jahres als unzweckmäßig herausgestellt haben.

Der Vergleich mit dem Vorjahr.

Das Schlimmste, was man von dem Jahr 1932 feststellen muß, ist, daß uns keine Not die Erinnerung an die vorhergehenden Jahre getrübt zu haben scheint. Zu diesem Schluß gelangt man, wenn man sieht, wie die offizielle Propaganda immer wieder das Jahr 1932 heranzieht, um die Fortschritte von 1933 (um deren Herbeiführung sich jede Regierung bewirbt), ins rechte Licht zu setzen. Auch die Wirtschaftskatastrophe vergleicht die Ziffern von 1933 mit jenen des Vorjahres. Aber sie vergesse deswegen nicht, daß, wenn uns das Wasser vor einem Jahr bis zum Kinn reichete, es uns heuer noch immer bis zum Hals geht. In diesem November wurden um 23.000 untertätige Arbeitslose weniger gezählt als im November 1932. Aber um wieviel Hunderttausende waren es mehr, als im November 1928? Der Index der Ausfuhr hat sich glücklich von 37 im Dezember des vorigen Jahres auf 43 im heurigen November gehoben — aber noch im Jahre 1928 betrug sein Durchschnitt 118. Der Index des allgemeinen Geschäftsganges ist auf 73 gestiegen — aber im Jahresdurchschnitt 1928 betrug er 115. Dabei war 1928 in Österreich keineswegs eines der sieben letzten Jahre. Eine Verschleierung des Sachverhalts scheint nicht nur viele falsche Maßnahmen zu rechtfertigen, sondern gefährdet auch die Erkenntnis, wie sehr wir uns anstrengen müssen, wenn wir nicht den Zustand des Jahres 1932 in nur wenig gemilderter Weise bereinigen wollen.

Gesunder Teint leidet oft durch unregelmäßigen Stuhlfgang. Deugen Sie mit Darmol vor. Darmol reinigt das Blut, regelt die Verdauung, hat aber keine Gewöhnung zur Folge.

Revolution in Bolivien.

Die grüne Hölle im Gran-Chaco-Gebiet.

Von Horacio Quiroga.

Im südamerikanischen Staat Bolivien ist eine Revolution ausgebrochen. Es ist eine Revolte nach einem verlorenen Krieg. Für den Kenner südamerikanischer Verhältnisse kam die Nachricht nicht unerwartet, daß es der Arme Paraguay in den letzten Wochen gelang, die bolivianischen Truppen in dem beherrschenden Abschnitt der Gran-Chaco-Front Zenteno Condra entscheidend zu schlagen und den Großteil der in der vordersten Front eingesehten bolivianischen Regimenter von über zehntausend Mann gefangen zu nehmen. Die vernichtende Niederlage Bolivians bedeutet einen endgültigen Entscheidung des Krieges um den Gran Chaco, der praktisch bereits fünf Jahre andauert, seit dem Dezember 1928, als um das Fort Vanguardia ein erbitterter Vorpostenkampf entbrannte. Seit dieser Zeit schwelte dieser unsichtbare Krieg der „Grünen Hölle“ unablässig fort und verschlang etwa vierhundert paraguayische und mehr als zehntausend bolivianische Soldaten, während die Listen der Vermiszten und Gefangenen auf beiden Seiten die Ziffer von zehntausend weit überstieg.

Die Chaco.

Man fragt sich, welche realen Gründe die beiden südamerikanischen Staaten zu dem erbitterten Kampf um den Gran Chaco getrieben haben. Bolivien bedarf zur Verwertung seiner agrarischen und montanen Produktion einer Ausfallspforte zum Meer, entweder eines Flußhafens am oberen Paraguay, das heißt praktisch an dem La Plata-Fluß, in dessen Mündung die großen Häfen von Montevideo und Buenos Aires liegen, oder eines Seehafens am Stillen Ozean. Durch den Verlust des Krieges, den Bolivien im

Bund mit Peru gegen Chile im Jahre 1879 führte, mußte Bolivien auf das von ihm erstrebte Hafengebiet von Tacha-Arica verzichten, so daß sich die ganze politische und militärische Energie des um seinen Welthafen gebrauchten Landes gegen den Gran Chaco und den oberen Paraguay konzentrierte. Dazu sind seit Jahren Gerüchte im Umlauf, die von dem Vorhandensein wertvoller Naturschätze, vor allem von Öl, in diesem wasserlosen Schlingengebiet phantasieren, ohne daß eine konkrete Untersuchung von einer der beiden Hauptstädte aus durchgeführt worden wäre. So spielte sich in den letzten fünf Jahren in dem unwegsamen „Niemandes-Land“ des Gran Chaco, in dem weit und breit kein Mensch und kein Tier, keine Landstraße und kein schiffbarer Fluß anzutreffen ist, jener grimmige Kleinkrieg ab, der selbst auf den blutigsten Schlachtfeldern des Weltkrieges nicht seinesgleichen fand.

Militärische Operation.

Ein sonderbares Schicksal hat es gewollt, daß die beiden Oberbefehlshaber um den Gran Chaco, der ehemalige deutsche General Rumbt als Kommandeur der bolivianischen Armee und der Chef des paraguayischen Generalstabes General Beliajew bereits Gegner im Weltkrieg waren und nun in der Wüste am oberen Paraguay ihr militärisches und strategisches Können gegeneinander abzumessen hatten. Das heißt: von militärischer Operation konnte hier wenig die Rede sein. Das Schlachtfeld, das eine Breite von etwa fünfhundert Kilometern besaß, war im Nordosten begrenzt durch den Flußlauf des Paraguay, dessen Ostufer sich im Weste Brasiliens befand. Die Südwende der Front war an den Rio Pilcomayo angelehnt, dessen Ufer argentinisches Gebiet berührte. So mußte sich der Angreifer, der bolivianische Oberbefehlshaber General Rumbt, darauf beschränken, in diesem Raum an bestimmten Stellen seine

Truppen zu massieren und die von vornherein abgesteckte Front dadurch in Bewegung zu bringen. Die bolivianische Armee geniesht seit Jahrzehnten den Ruf einer ausgezeichneten Truppe, die seit 1910 von einer deutschen Militärmission nach preussischem Muster organisiert und ausgebildet wird. Sie wurde nach dem Prinzip der allgemeinen Befähigung in Form der einjährigen aktiven Dienstzeit ergänzt und umfaßte zu Friedenszeiten, das heißt vor der Mobilisation im Jahre 1928, sechs Infanterieregimenter, drei Kavallerieregimenter, zwei Artilleriesregimenter, ein Pionierbataillon und ein Flugzeugeschwader von etwa zwanzig Maschinen. Die Friedensstärke dürfte etwas fünf- bis sechstausend Mann betragen haben. Im Laufe der letzten Jahre ist die mobilisierte bolivianische Armee auf ungefähr fünfzigtausend Mann angewachsen. Paraguay besaß zu Beginn des Krieges lediglich eine Miliz von etwa 2500 Mann, die durch die Kriegsgesetze der letzten Jahre auf eine Stärke von etwa zwanzigtausend Mann gebracht worden ist.

Der bolivianische Angreifer richtete zunächst seinen Hauptstoß in die nordöstliche Ecke der Kampffront, wo am oberen Paraguay die Forts Bahia Negra und Vanguardia zu Zentren des Kampfes wurden. General Rumbt setzte hier die Masse seiner Artillerie und seiner Infanteriereserven ein. Bald zeigte sich jedoch, daß die Paraguayos mit ihrem Wuschkrieg erfolgreich waren und die mit großem artilleristischen Aufwand erstürmten Stellungen der Bolivianer immer wieder zu zernagen und zu zermürben verstanden. Sie drängten die Bolivianer zunächst vom oberen Paraguay zurück und stießen dann im langsamen, zähen Vorrücken auch die Front bei den Forts Bouqueron und Platanillos ein, so daß heute die bolivianische Armee durch den Sieg von Zenteno Condra auf ihre Ausgangsstellung, das Lager Campa de la Desolacion, zurückgeworfen wurde.

Wuschkrieg.

Eine ganze Anzahl von amerikanischen Journalisten hat das Kampfgebiet am Gran Chaco bereits und die Grauenhaftigkeit der „Grünen Hölle“ durch eigene Anschauung kennengelernt. In einer Wüsten- und Sumpfen- und Urwaldgewächsen, die nur mit dem Wuschmesser und mit dem Beil zu trennen waren, lagen sich die Gegner jahraus, jahrein gegenüber, ohne sich meist überhaupt zu Gesicht zu bekommen. In den Baumwipfeln saßen die Scharfschützen, die lediglich auf irgendwelche Geräusche zu schießen pflegten. Im Dezember sehte dann die Hitze des Hochsommers ein, verwandelte das Wasser der Tümpel in schlammigen Brei und die Sumpfe in ein Wüstengebiet mit steinhartem Boden. Dazu taten die Moskitos das ihrige, um bei dem Mangel an Sanitätsmaterial jeder Verwundung den unheilbaren Tod folgen zu lassen. So wurde gerungen, von Baum zu Baum, von Schützenloch zu Schützenloch, von Stollen zu Stollen, von Mann zu Mann. Die Hölle von Verdun erlebte hier ihre Wiederauferstehung, verschärft durch die Grausamkeit des südamerikanischen Wuschkrieges. Indianerstämmen wurden sowohl von bolivianischer wie auch von paraguayischer Seite eingesetzt, die mit ihren modernen Gewehren wie mit ihren antiquierten Tomahawks dort ganze Arbeit machten, wo weder der Amerikaner noch der Europäer einen Schritt vorwärtzukommen verstand.

Die Revolution.

Das zähe, kleine Paraguay mit seiner kriegerischen Vergangenheit hat nun den großen bolivianischen Bruder geschlagen und damit einem Krieg ein Ende gesetzt, der wegen seines erbärmlichen Objektes der Welt besonders überflüssig erschienen ist. Die Revolution in Bolivien ist eine Folge der militärischen Niederlage, an der der deutsche General Rumbt nicht unschuldig ist.

Die Nazi als Reichstagsbrandstifter beurteilt.

Volle drei Monate dauerte der Prozeß vor dem Leipziger Reichsgericht, der Sühne bringen sollte für die Reichstagsbrandstiftung. Am 23. Dezember wurde das Urteil gefällt. Die Herren des Dritten Reiches haben sich eine vernichtende, moralische Niederlage geholt. Der arme Narr van der Lübbe wurde zum Tod verurteilt, die Kommunisten Torgler, Dimitroff, Popoff und Lanefß mußten freigesprochen werden.

So gut hatten sich die Nazi die Sache ausgedacht und nun mußten sie den Brandstifterprozeß, doch ganz anders ausgehen lassen, als sie es sich vorgestellt hatten. Die Beurteilung der Kommunisten als Reichstagsbrandstifter sollte vor der Welt die Aufrechterhaltung des Dritten Reiches mit blutigem Terror, die Morde und Konzentrationslager rechtfertigen. Eine großartig gespielte Justizkomödie sollte beweisen, daß die Hafentrennzeiler Deutschland und Europa vor einer kommunistischen Weltrevolution gerettet haben.

Es ist anders gekommen. Die Sozialisten, unterstützt von vielen anständigen und rechtlich denkenden Menschen in allen Ländern, haben dafür gesorgt, daß sich die Justizkomödie unter den wachsamsten Augen der ganzen Welt abspielen mußte. Diese Wachsamkeit hat bewirkt, daß die Herren des Dritten Reiches, die sich als die Ankläger aufspielen wollten, als Verurteilte gebrandmarkt den Gerichtssaal verlassen haben. Die Rechtfertigung der blutigen Nazidiktatur in Deutschland ist vollkommen mißlungen. Gätten die Nazi gehahnt, daß sie mit dem Prozeß die gewaltigste Propaganda gegen sich selbst organisiert haben, wären sie wohl vorichtiger gewesen.

Der Prozeß hat mit dem Freispruch der Kommunisten Klarheit darüber gebracht, wo o die tatsächlichen Brandstifter zu suchen sind. Der Prozeßausgang bedeutet die größte Bloßstellung des braunen Faschismus vor der ganzen Welt. Für den Kommunismus aber bedeutet er einen ungeheuren Propagandaerfolg. Was den Kommunisten in vielen Jahren angestrengtester Agitation nicht gelungen ist, haben die Nazi im Reichstagsbrandprozeß durch die ungeschickte Prozeßführung spielend leicht zustande gebracht. Sie haben einem Kommunisten, dem tapferen Dimitroff, zu einer wahren Weltpopularität verholfen. Es zeigte sich wieder einmal die alte Tatsache: Faschismus und Bolschewismus arbeiten einander — bewußt und unbewußt — stets in die Hände. Die Leidtragenden aber bleiben die Demokratie und die Masse des geknebelten und blutig terrorisierten deutschen Volkes.

Die Hafentrennzeilerungen tobten über den Freispruch. Sie kündigen an, daß sie die Rechtspflege so ändern werden, daß eine „solche Prozeßführung“, nämlich eine solche, die Unschuldige freispricht, in Zukunft unmöglich ist.

Über das Schicksal der Freigesprochenen ist noch nichts bekannt. Sie bleiben weiter in Haft. Man befürchtet allgemein, daß sie einer Drohung des Herrn Göring entsprechend „auf der Straße erschossen“ oder sonstwie ermordet werden.

Die Käseaktion hat begonnen.

Eine Regierungsverordnung vom 27. November 1933 bestimmt, daß ein Teil der Notstandshilfe für Arbeitslose auch in der Form von Lebensmitteln gewährt werden kann. Die erste Lebensmittelaktion, die auf Grund dieser Verordnung durchgeführt wird, ist die Abgabe von Käse. Durch diese Aktion soll der inländischen Käseproduktion über die Absatzförderung hinweggeholfen werden. Zum erstenmal hat sich die Aktion bei allen Auszahlungen nach dem 17. Dezember ausgewirkt. Arbeitslose, die die Notstandshilfe beziehen, erhalten bis auf weiteres um 45 Groschen weniger in Geld, dafür erhält der Arbeitslose einen Gutschein für ein Viertelfilogramm Vollfettkäse. Die Auszahlungsstelle gibt den Arbeitslosen bekannt, wo sie für diesen Gutschein den Käse ausgefolgt bekommen. Nach der Weisung des Ministeriums haben die Arbeitslosen einen 45prozentigen Vollfettkäse heimischer Produktion, und zwar vor allem Schmelzkäse in Blockform von derselben Qualität wie der Schachtel-Emmentaler, zu erhalten. Es kann aber auch vollfetter Emmentaler oder Stangenkäse ausgegeben werden. Also die Abgabestelle hat den Arbeitslosen für den Gutschein ein Viertelfilogramm dieses genannten Käses ohne irgendeiner Aufzahlung oder Zuschlag auszufolgen. Während der Zeit, in der der Arbeitslose in einer Straffrist sich befindet und keine Unterstüzung bezieht, kann er auch keinen Käse beziehen. Das gleiche gilt auch für die Zeit, die erst zu einem späteren Datum nachgezahlt wird. Solche Arbeitslose erhalten bei einer eventuellen Nachzahlung der Unterstüzung für mehrere Wochen die Unterstüzung zur Gänze. Der Gutschein für Käse ist unübertragbar und unverkäuflich.

Wir haben bereits dargelegt, daß die Käseaktion für jene Arbeitslosen, welche das Geld für wichtigere Ausgaben als für Käse brauchen, eine starke Benachteiligung gegenüber dem früheren Zustand bedeutet.

Ein Hirtenbrief gegen den Hafentrennzeilerfaschismus.

Unter dem braunen Terror haben in Deutschland nicht nur die Sozialdemokraten und Kommunisten zu leiden. Auch den katholischen Priestern geht es nicht besser, wenn sie sich die leiseste Kritik erlauben. Aus der Diözese Würzburg sind 25 Geistliche in Haft. Aus der Diözese Regensburg sind 48 katholische Geistliche im Konzentrationslager. In einem Konzentrationslager bei Würzburg befinden sich 30 Geistliche, die regelmäßig mit Lederriemen und Gummiknüppel geschlagen werden.

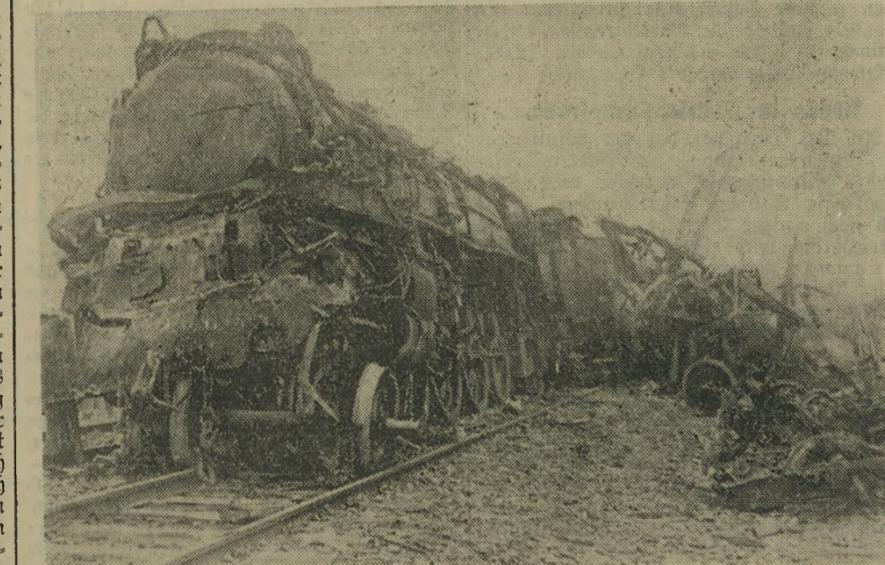
Seit einigen Wochen sind an den Sonntagen in München alle katholischen Kirchen überfüllt. Die Ursache? Sonntag für Sonntag spricht dort in der Michael-Hofkirche der Erzbischof von München, Kardinal Faulhaber. Seine Predigten werden durch eigene Lautsprecheranlagen in allen katholischen Kirchen Münchens übertragen. Kardinal Faulhaber spricht über Politik und scheut sich nicht, die Greuelthaten im Dritten Reich beim richtigen Namen zu nennen. Er spricht darüber, „daß die Vernichtung aller Freiheit, die Anebelung des Volkes, der Terror gegen alles, was nicht faschistisch ist, gegen göttliches und menschliches Recht verstößen“. Und die Sehnsucht des Volkes nach einem freien Wort, nach der Wahrheit, füllt die Kirchen Münchens.

Lange genug hat die Kirche gezögert, gegen den Faschismus Stellung zu nehmen. Die Kirchendiplomatie in Rom hat mit dem Hitler-Faschismus ein Konkordat abgeschlossen, so wie sie früher schon einen Pakt mit dem italienischen Faschismus geschlossen hatte. Es hat ihr nichts genützt. Sie konnte durch ihre Nachgiebigkeit ihre Geistlichen nicht vor dem braunen Terror schützen. Diese Nachgiebigkeit hat aber viele gute Katholiken verstimmt und gar manche an dem guten Willen der Kirche zweifeln lassen. Darum mußte die katholische Kirche endlich den Kampf gegen die braune Mordpest aufnehmen. Die Predigten des Kardinals Faulhaber und ein **Hirtenbrief der österreichischen Bischöfe**, der am Sonntag, den 24. Dezember, in allen Kirchen verlesen wurde, eröffneten den Kampf. In diesem Hirtenbrief verurteilt die Kirche zuerst zu rechtfertigen, warum sie mit Hitler-Deutschland ein Konkordat abgeschlossen hat. Die diesbezügliche Stelle des Hirtenbriefes lautet:

„Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die deutschen Bischöfe schon vor Jahren einmütig den Nationalsozialismus vom religiösen und kirchlichen Standpunkt aus abgelehnt und verurteilt haben. Es ist ebenso unbestreitbare Tatsache, daß sie die Beurteilung der religiösen und kirchlichen Irrtümer des Nationalsozialismus ausdrücklich aufrechterhalten haben, auch als sie nach der politischen Neuordnung in Deutschland sich der Regierung insofern amtlicher, feierlicher Zustimmung eines christlichen Rechtsverhältnisses zwischen Staat und Kirche entgegenkommend zeigen konnten. Auch das Konkordat zwischen Deutschland und dem Heiligen Stuhl berührt nur dieses Rechtsverhältnis zwischen Staat und Kirche, war aber nicht im geringsten eine Anerkennung und Billigung der religiösen und kirchlichen Irrtümer des Nationalsozialismus.“

Ob und wie nun tatsächlich dieses Konkordat beobachtet und durchgeführt wird, darüber steht das Urteil des Heiligen Apostolischen Stuhles zu. Aber alle Welt weiß, welche gespannte Verhältnisse zwischen Staat und Kirche im Deutschen Reich herrschen und zu welchen ersten Beforgnissen sie berechtigen.“

Furchtbares Eisenbahnunglück in Frankreich.



In Lagny in Nordfrankreich sind zwei Expresszüge dadurch zusammengestoßen, daß ein Zug in den anderen hineinfuhr. Die Zahl der Toten beträgt zweihundert, die Verletzten gegen hundert. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht geklärt. Beide Züge fuhren mit einer Geschwindigkeit von

100 Stundenkilometern. Da die meisten Bahnen in Frankreich im Privatbesitz sind, ist die Geschwindigkeit die Hauptsache und die Sicherheit wird vernachlässigt. Und diese Vernachlässigung mußten 200 Menschen mit ihrem Leben bezahlen.

Gegen den Rassenwahn.

Der Hirtenbrief wendet sich im Anschluß daran gegen die Lehren des Nationalsozialismus und stellt ihnen vier Grundwahrheiten entgegen:

„Erste Grundwahrheit: Die Menschheit ist eine einheitliche Familie, aufgebaut auf Gerechtigkeit und Liebe. Darum beurteilen wir den nationalsozialistischen Rassenwahn, der zum Rassenhaß und zu Völkerkonflikten führt, ja führen muß; desgleichen beurteilen wir das unchristliche Sterilisationsgesetz, das mit dem Naturrecht und dem katholischen Christentum in unversöhnlichem Widerspruch steht.“

Zweite Grundwahrheit: Der wahre christliche Nationalismus ist von Gott gewollt und wird von der Kirche gebilligt; denn die Liebe zum eigenen Volk und die Anhänglichkeit an das Vaterland sind in der Natur des Menschen begründet. Darum predigen wir die Tugend des christlichen Patriotismus, beurteilen den Verrat am Vaterland und beurteilen den rabiaten Rassenantifemitismus.“

Dritte Grundwahrheit: Nation und Staat sind verschieden und der Staat ist über der Nation. Darum beurteilen wir das extreme Nationalitätsprinzip, verteidigen die geschichtlichen Rechte unseres Vaterlandes und begrüßen die Pflege des österreichischen Gedankens.“

Vierte Grundwahrheit: Über allem Nationalismus steht die Religion, die nicht international, sondern übernational ist. Darum beurteilen wir alle Ideen und Bestrebungen, die folgerichtig zu einer Nationalkirche und letzten Endes zum offenen Bruch mit der katholischen Kirche führen müßten.“

Der Hirtenbrief versucht dann den Beschluß der Bischofskonferenz über die Zurückziehung der Geistlichen von der Politik zu erklären. Was darüber gesagt wird, nämlich, daß „die Priester nunmehr, durch keine Parteifraktionen gehemmt, um so freier für das Vaterland wirken können“, klingt wenig überzeugend. Das könnten sie auch ohne ihre vollständige Zurückziehung von der Politik und es wäre für die Kirche sicher besser gewesen, wenn die Priester für das Vaterland, also für das Volk und nur für das Volk, gewirkt hätten.

Dieser Hirtenbrief, der sonst in klaren und aufrichtigen Worten gehalten ist und die in den früheren Hirtenbriefen üblichen Angriffe auf die sozialistische Arbeiterbewegung nicht enthält, enthält aber auch kein Wort gegen den österreichischen Heimwehrfaschismus, der für die Kirche und das Volk wahrlich nicht ungefährlicher ist, als der Hafentrennzeilerfaschismus. Dafür aber fand der Wiener Kardinal Innitzer in seiner „Weihnachtsbotschaft“, die er am Christabend im Radio vortrug, warme Worte der Verständigung und

eine Mahnung an die Regierenden.

Er sagte unter anderem:

„Alles ist gewonnen, wenn wir uns wieder darauf besinnen, nicht so sehr das Trennende zu betonen, als das Einigende, uns allen als Menschen Gemeinsame, da wir doch über jeden Gegensatz hinweg alle eine Familie, Kinder des einen Vaters sind...“

Das ist der heiße Wunsch, der mich besetzt: Möge in dieser Stunde, da die Weihnachtsglocken von Bethlehem über die Erde läuten, in uns das Bewußtsein unserer Gemeinschaft in Christus erwachen, möge alle, besonders die



führenden Männer, die innere Bereitschaft befehlen, jede ehrliche Hand zu ergreifen, die zum Frieden willig ist; mögen jene Männer, denen Gott heute ein so hohes Maß von Verantwortung auferlegt hat, mit allem Eifer trachten, dem Frieden unter den Völkern den Weg zu bereiten

und wir anderen wollen unser Herz der brüderlichen Liebe von Mensch zu Mensch mit innigem Vertrauen eröffnen.

Goffentlich erwecken diese klugen Worte, bei denen, auf die es ankommt, jenes Echo, das sie erwecken wollten.

Der Jahresausgleich bei der Einkommensteuer.

Die Arbeiterkammer hat vor mehreren Jahren ein Merkblatt über den Jahresausgleich bei der Einkommensteuer ausgegeben, das zur Information über diese ziemlich komplizierte Angelegenheit des Steuerrechtes dient, die aber für sehr viele Arbeiter und Angestellte, ob sie nun in Arbeit stehen oder arbeitslos sind, wegen ihrer eigenen Besteuerung, vor allem aber für Betriebsräte und andere Funktionäre wichtig ist.

In den letzten Jahren ist nun die Frage des Jahresausgleiches dadurch wesentlich schwieriger geworden, daß nun nicht nur für die Personaleinkommensteuer, sondern ebenso für die Besoldungs-, Krisen- und Ledigensteuer

der Jahresausgleich in Betracht kommt. Aber auch sonst haben sich einzelne für den Jahresausgleich wesentliche Umstände geändert, so insbesondere die Ansätze der Sozialversicherungsbeiträge und dergleichen. Die Arbeiterkammer gibt daher dieses Merkblatt in einer neuen Auflage heraus, die den geänderten Verhältnissen Rechnung trägt. Es gilt jedoch diesmal nur rückwirkend für den jetzt am Jahresende für das Jahr 1933 fälligen Steuerausgleich. Vom Beginn des Jahres 1934 wird sowohl der Steuerabzug wie der Jahresausgleich von der Regierung neu geregelt werden. Hierüber wird ein weiteres Merkblatt erscheinen.

Der Jahresausgleich muß bei der letzten Auszahlung von Lohn- oder Gehaltsbezügen im Dezember durchgeführt werden. Der Jahresausgleich kann

bis 15. Jänner

des folgenden Jahres vorgenommen werden. Durch ein stempelfreies Gesuch an die zuständige Steuerbehörde kann diese Frist eventuell bis Ende März verlängert werden.

Ob der Steuerausgleich für den Arbeiter zweckmäßig ist oder nicht, kann nur im Einzelfall entschieden werden. Der Arbeitnehmer hat niemals die Verpflichtung, den Steuerausgleich zu verlangen. Das ist in seinem Ermessen und wird vom Einzelfall abhängen. Der Unternehmer ist zum Jahresausgleich für Arbeiter und Angestellte, die das ganze Jahr bei ihm beschäftigt waren und mehr als 4800 Schilling verdient haben, verpflichtet; bei geringeren Verdiensten und bei wechselnden Dienstgebern während des Jahres muß also der Jahresausgleich nicht vorgenommen werden. Die Steuerbehörde kann ihrerseits auf den Jahresausgleich bestehen, gleichgültig, welche Höhe das Arbeitseinkommen erreicht hat.

Falls der Dienstnehmer sich entschließt, den Jahresausgleich zu verlangen, muß der Unternehmer ihn durchführen.

Ist der Arbeiter am Jahresende arbeitslos, so ist der Arbeiter oder Angestellte berechtigt, den Jahresausgleich von der Steuerbehörde seines Wohnsitzes zu verlangen. In diesem Falle hat er die Bestätigungen über den Unterstüzungsbetrag oder die Aussteuerung vorzulegen und die Dienstgeber bekanntzugeben, bei denen er im Laufe des Jahres beschäftigt war. Einzelne Steuerbehörden haben allerdings von den Arbeitslosen auch die Kopien der Stammbücher verlangt.

Das Merkblatt ist in der Kammer für Arbeiter und Angestellte (Sozialpolitisches Referat, L. Eberndorferstraße 7, oder bei den Anstalten der Arbeiterkammer in Wiener Neustadt, St. Pölten, St. Pölten und Gmünd) zum Preise von fünf Groschen erhältlich.

7 Tage Weltgeschehen

Internationale

Soll noch mehr gerüstet werden?

Durch den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund ist der Friede ernstlich gefährdet. Wie sehr dem Dritten Reich der Ramm geschwollen ist, zeigen seine Forderungen: Da der Völkerbund wegen des Austrittes nicht zur Verfügung steht, hat Hitler seine Wünsche den Boten Frankreichs und Englands direkt übermittelt. Deutschland fordert vor allem eine Verdreifachung seiner Armee, dann verlangt es, daß ihm die unbeschränkte Herstellung von Verteidigungswaffen erlaubt werde. Die dritte Forderung bezieht sich auf das Saargebiet, dessen bedingungslose Rückgabe gefordert wird. (Nach dem Friedensvertrag wurde das Saargebiet unter internationale Verwaltung gestellt. Im Jahre 1935 soll eine Volksentscheidung stattfinden, ob das Land zu Deutschland oder Frankreich gehören soll. Die Red.) Diese Wünsche Deutschlands haben bei den Großmächten großen Unwillen erregt. Frankreich bezeichnet diese Forderungen als unannehmbar. Der englische Außenminister Simon und der belgische Außenminister Snyman sind zur gemeinsamen Beratung mit dem französischen Außenminister Paul-Boncour nach Paris gekommen. Die französische Regierung verlangt unter Zustimmung Belgiens und der Kleinen Entente auch die Herabsetzung der deutschen politischen Truppen. Damit wird Frankreich allerdings nicht viel Glück haben. Die Rüstungen aller Länder führen zum Krieg — Gewehre gehen eben los, wie Genosse Renner einmal gesagt hat.

Osterreich

Wir kriegen Besuch.



Der italienische Ministerpräsident Mussolini hat unserem Gesandten Hintelen mitgeteilt, daß der italienische Unterstaatssekretär Suvich (Bild) Mitte Jänner zu einem Staatsbesuch nach Wien kommen wird. Suvich hat erst vor kurzer Zeit einen ähnlichen Besuch in Berlin gemacht.

Arbeitslosenfragen.

Am 20. Dezember hielt der Bundesarat eine Sitzung ab. Der größte Teil der Beratungen war Arbeitslosenfragen gewidmet. Ein Antrag der Sozialdemokraten verlangt die Einstellung der Aussteuerungen während der Wintermonate. Ein zweiter sozialdemokratischer Antrag verlangt die Erlassung eines Kautionsgesetzes, um Arbeitslose vor Kautionszwang zu schützen. — Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten hat am 21. Dezember in einer Sitzung sich mit der Frage der Arbeitslosen beschäftigt. Der Verband wendet sich besonders gegen die Aussteuerungen der Jungarbeiter und fordert auch eine Überprüfung der Zoneneinteilung. Weiter verlangt der Verband Erleichterungen für Saisonarbeiter, Erhöhung der Altersfürsorgeleistungen, die nach dem 7. August zuerkannt wurden, auf den alten Stand und Neufassung der Bestimmungen, daß ein Arbeitsloser, wenn ein Familienmitglied verdient, keine Notstandsunterstützung erhält. Diese ganzen Forderungen sind ja alle sehr schön, aber... Ja, wenn wir noch ein Parlament hätten...!

Die Gleichheit vor dem Gesetz

wurde besprochen in der oben erwähnten Sitzung des Bundesrates. Eine Anfrage der Genossen Bock, Schabas, Brandeis und Genossen wandte sich gegen die Doppelverdienerverordnung der Regierung, welche die Frauen benachteiligt. Eine weitere Anfrage der Sozialdemokraten behandelt die heutigen Presseverhältnisse und eine dritte die Behandlung politischer Gefangener.

Neue Sicherheitsdirektoren.

Mit 31. Dezember dieses Jahres ist die Amtsdauer der Sicherheitsdirektoren abgelaufen. Sie wurde nun von der Regierung bis 31. Dezember 1934 verlängert. Dabei wurden einige Sicherheitsdirektoren ausgetauscht. Zum Sicherheitsdirektor für Niederösterreich wurde Landesregierungsrat Gantsch bestellt. Regierungsrat Gantsch hat ja schon seit einigen Monaten die Agenden eines Sicherheitsdirektors geführt, da der frühere Sicherheitsdirektor von Niederösterreich, Hofrat Karwinsky, bei der letzten Umbildung der Regierung im September zum Staatssekretär für Sicherheitswesen ernannt wurde. Mit dieser Neubestellung des niederösterreichischen Sicherheitsdirektors ist endlich ein Schwebestand beseitigt worden, der einem gewissen Herren noch immer die Hoffnung gab, selbst Sicherheitsdirektor zu werden. Wer schließlich ist die Charge eines

Berühmte Tote des abgelaufenen Jahres.



Oberer Reihe von links nach rechts: Der frühere Präsident der Vereinigten Staaten, Coolidge, der französische Minister Painlevé, der bekannte französische Bakteriologe Calmette, der englische Dichter Galsworthy. Untere Reihe von links nach rechts: Der englische Außenminister während des Weltkrieges, Lord Grey, der Afghananenkönig Nadir Khan, der König von Irak, Feisal, und die Führerin der Theosophen, Anni Besant.

Seimwehrlandesführers doch noch kein ausreichender Befähigungsnachweis für den Posten eines Sicherheitsdirektors, auch wenn er ein ehemaliger Graf ist und Alberti heißt.

Für Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Steiermark wurden ebenfalls neue Sicherheitsdirektoren ernannt. Gleichzeitig wurden auch einige Veränderungen im Staatspolizeidienst vorgenommen.

Eine neue Verräterei der Nazi.

Die „Reichspost“ vom 22. Dezember berichtet über eine neue Verräterei der Nazi. Nach einem Bericht der genannten Zeitung (der übrigens durch einen Bericht im „Wiener Tag“ vom 24. Dezember bestätigt wird) wollen die Nazi das südliche Kärnten an Jugoslawien abtreten, wenn dafür Jugoslawien gegen die Eingliederung Österreichs in das Dritte Reich seinen Einspruch erhebt. Deutschland, das infolge seiner herausfordernden ungeschickten Politik heute allein da steht, versucht Jugoslawien auf seine Seite zu bekommen. Dadurch käme Jugoslawien in Gegensatz zu Frankreich, dessen Schwächung ja eines der Ziele Deutschlands ist.

Daß die Nazi zu jeder nationalen Lumperlei fähig sind, zeigt das Beispiel Südtirols. Es ist ihnen also ohne weiteres zuzutrauen, daß sie auch fähig sind, Kärnten den Jugoslawen zu opfern, wenn für sie nur ein Vorteil dabei herauskommt!

Ein herrlicher Werbeerfolg

wurde von Werbern der Vaterländischen Front erzielt. Zwanzig Werber, begleitet von zwanzig Kriminal- und vierzig Wachbeamten konnten nach dreieinhalbstündiger Arbeit in Wien ganze drei Mitglieder werben. No, und das ist vielleicht kein herrlicher Erfolg?

Unter Verbreitungsverbot

wurde nun auch unser burgenländisches Bruderblatt, die „Burgenländische Freiheit“, gestellt. So unangenehm das Verbreitungsverbot auch für die Zeitungsverwaltung ist, die Leser sagen sich: „Jetzt erst recht!“

Von Genosse zu Genosse.

Unter diesem Titel hat die Organisation Wien unserer Partei eine Hilfsaktion für besondere notleidende Parteigenossen durchgeführt. Bis Weihnachten wurden 12.000 Pakete im Werte von je 5 S verteilt.

Abbau der Betriebsdemokratie.

Am 22. Dezember hat der Ministerrat die Außerkräftigung des Betriebsrätegesetzes für folgende Betriebe beschlossen: Tabakregie, Salinen, Staatsdruckerei, Derna und noch einiger Betriebe. An Stelle der Betriebsräte tritt eine vom Sozialminister ernannte Personalkommission. Die Rechte dieser Personalkommission sind aber bedeutend geringer als die von Betriebsräten. Ob dadurch die Arbeitslosigkeit geringer wird?

Die Arbeiterkammern

werden am 1. Jänner unter Regierungsaufsicht gestellt. Eine Verordnung bestimmt, daß an Stelle der freigewählten Kammerräte eine von der Regierung zu ernennende Kommission tritt. Beschlüsse dieser Kommission können vom Sozialminister aufgehoben werden. Neben dieser Verwaltungskommission wird auch ein von der Regierung ernannter Aufsichtskommissär amtieren. Ja, langsam aber sicher werden wir ständisch...

Eine Denkschrift der religiösen Sozialisten

wurde dem Kardinal Janniger und den übrigen österreichischen Bischöfen überreicht. Die

Denkschrift wendet sich gegen den Mißbrauch der Kirche als „Wandschirm des Faschismus“.

Aus aller Welt

Die französische Sanierung angenommen.

Nach der Kammer hat nun auch der französische Senat (das Oberhaus) die Finanzpläne der Regierung Chaumet angenommen. Damit ist diese linksbürgerliche Regierung für einige Zeit gesichert.

Das neue Kabinett Lerroux

hat sich dem spanischen Parlament vorgestellt. Das Parlament hat der Regierung mit großer Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen. Sozialisten und Linksbürgerliche unter der Führung des früheren Minister-

Agrarpolitische Rundschau

Wir sitzen in der Klemme!

Die Leute trinken immer mehr japanisches Bier. Nicht gerade im Griesenbeisel in Wien oder im Stieglöcher in Salzburg, aber draußen in der Welt. Daher geht der englische, der deutsche und der tschechische Bierexport immer mehr zurück. Japan steht in der Bierbelieferung der Welt bereits an zweiter Stelle; dazu kommt in Oesterreich der stinkende Bierabfall im Inland und die Unmöglichkeit, Braugerste zu exportieren. Die Folge davon ist, daß ein wichtiger Zweig unserer Bodenproduktion, nämlich der

Unbau von Braugerste, immer unrentabler

wird und der Gerstenpreis heute kaum noch höher steht als der Haferpreis. — Klemme Nummer zwei ist die Schweineproduktion.

Der Schweinepreis geht zurück.

Am 19. Dezember wurden in St. Mary für Fleischschweine pro Kilogramm Lebendgewicht nur mehr S 130 bis S 145 bezahlt gegenüber S 135 bis S 175 voriges Jahr vor Weihnachten. Jetzt hat die Regierung verfügt, daß in den Monaten Dezember, Jänner und Februar 22.000 Stück Schweine für die Winterhilfe und für die Verpflegung des Bundesheeres angekauft werden. Wird das genügen? — Klemme Nummer drei wird vorbereitet, indem die Produzenten von Fleischschweinen vor dem weiteren Rückgang des Fleischverbrauches der Bevölkerung Angst haben und zur

Produktion von Festschweinen

übergehen wollen. Schließlich sind in der letzten Woche nach Wien allein 4106 Festschweine aus dem Ausland angeliefert worden. Aber um die Festschweineproduktion in die Höhe zu bringen, müßten wohl ein paar Handelsverträge aufgehoben werden, und da haben es die Schweinezüchter besonders auf den mit Jugoslawien scharf, welches vertragsmäßig 2000 Schweine in der Woche nach Oesterreich importiert. Nehmen wir an, es gelänge, alle Hindernisse der Festschweinezucht aus dem Wege zu räumen — würden wir nicht bei Festschweinen dann bald auch dort stehen, wo wir heute bei Fleischschweinen sind? — Eine vierte Klemme ist mit knapper Not umgangen worden, indem der Plan der Errichtung einer neuen Zuckerraffinerie im Marchfeld aufgegeben worden ist. Aber im Zullner, beziehungsweise im St. Pölterer Gebiet, soll angeblich doch eine Zuckerraffinerie gebaut werden, und damit wären wir doch wieder in der Klemme. Eine alte Bekannte ist die Klemme fünf, die Milch-Klemme, aus der nach Äußerungen des Staatssekretärs

präsidenten Azana (Bild) stimmten gegen die Regierung.



Lunatscharski gestorben.

Am 27. Dezember ist in Südfrankreich Anatoli Lunatscharski, der frühere sowjetrussische Volkskommissar für Unterricht, 66 Jahre alt, gestorben. Der Aufbau des großen russischen Schulwesens, die Überwindung des Analphabetentums, die Schaffung einer neuen russischen Kultur, das alles ist sein Werk.

Die rumänischen Wahlen

brachten der Regierung den zu erwartenden Sieg. Die liberale Regierungspartei erhielt 110 Mandate auf Grund des Abstimmungsergebnisses und 193 als Prämie für die stärkste Partei. Ein bequemes Wahlrecht!

Oberst Macia gestorben.



Im Alter von 74 Jahren ist Oberst Macia, einer der Gründer der spanischen Republik, an einer Blinddarmentzündung gestorben. In seiner engeren Heimat, der Provinz Katalonien, war er sicher der beliebteste Bürger.

für die Land- und Forstwirtschaft vor dem Landeskulturrat in Salzburg eine

Milchzentrale

zur Belieferung Wiens herausführen soll. — Nahe verwandt ist die Klemme fünf-a: die Butterklemme. Man hört von einem

Beimischungszwang von Butter zur Margarine.

Als Vorbild für die Verbürokratisierung der Butterwirtschaft könnte das neueste deutsche Experiment dienen; dort dürfen künftighin Butter, Käse und Eier im Inland, ähnlich wie es schon bei Mais, Del und Fetten der Fall ist, nur durch Reichsstellen in den Verkehr gebracht werden. Diese Produkte sind, gleichgültig, ob es sich um Inland- oder Importware handelt, der Reichsstelle zu Kaufe anzubieten und dürfen, falls dieser abgelehnt wird, im Inland nicht in den Verkehr gebracht werden. Dabei ist vorgesehen, diese Maßnahmen auch auf andere Milchprodukte auszubehnen.

Es gibt naive Menschen, welche solche Zwangswirtschaft mit Sozialismus verwechseln; wie denn überhaupt über das, was alles heute in Deutschland Sozialismus genannt wird, die buntesten Vorstellungen herrschen. Allerdings können solche Vorstellungen nur bei denjenigen vorkommen, welche nicht wissen, was ein deutscher Minister unter Sozialismus versteht: Dr. Goebbels führte kurz vor Weihnachten vor den Studenten aus, daß

„der deutsche Sozialismus keine Almosen-gesinnung bedeute und nicht in der Errichtung von Krankenhäusern und Irrenanstalten sein Ziel sehe, sondern in der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Ordnung. Der neue Sozialismus sei bestes preußisches Erbgut, habe etwas Soldatisches und Verschlossenes“.

Das unterschreiben wir blind, daß der neue deutsche Sozialismus etwas Verschlossenes an sich hat; er ist nämlich so verschlossen, daß man ihn aber schon gar nicht mehr erkennt. Darum soll man auch keine Verwechslungen begehen, denn sonst läge man bald in der Klemme und würde schweren Schäden erleiden.

Allerdings sind lebensgefährliche Verwechslungen in Deutschland jetzt nicht selten. Stand doch am 30. September in der „Bayrischen Zeitung“ zu lesen:

Wer in den letzten Tagen bei der Firma Sauer, Augsburg, Gastopatronen gekauft hat, wird dringend aufgefordert, diese nicht abzubrennen, da eine Verwechslung vorliegt.

Was mag in diesen Gastopatronen drinnen gesteckt sein?

Arbeiter-Betriebsratswahl in der Landesanstalt Mauer-Obling.

Am 16. und 17. Dezember fanden in der Landesanstalt Mauer-Obling die Wahlen in den Arbeiterbetriebsrat statt. Es waren vier Mandate zu vergeben. Die freie Gewerkschaft erhielt 156 Stimmen und 3 Mandate, die Christlichen 62 und 1 Mandat. Die Wählerzahl war im heurigen Jahre durch den durchgeführten Personalabbau kleiner. Trotzdem die Abgebauten fast alle der freien Gewerkschaft angehörten, konnte diese ihre Stimmen- und Mandatszahl behaupten. Die Vertrauensleute der Gewerkschaft, insbesondere die weiblichen, haben ihre ganze Kraft eingesetzt, um zu diesem schönen Erfolg beizutragen. Allen Vertrauensleuten wollen wir dafür bestens danken. Die Christliche Gewerkschaft (früher Unpolitische) hat in diesem Jahre alles darangesetzt, um die Mehrheit im Betriebsrat zu erringen. Sie gab am Vortag der Wahl ein Flugblatt heraus, welches von Verleumdungen und Schmähungen gegen die freigewerkschaftlichen Betriebsräte und deren Organisation nur so strotzte. Gezeichnet ist dieses Flugblatt von einem gewissen Pfleger Weinfurter, zugereist von Neuhofen an der Ybbs, seit einigen Jahren im Betrieb. Dieser Herr schreibt unter anderem folgendes: „Es ist für die Kollegen ganz zwecklos, wenn sie für eine Organisation stimmen, der die Erinnerung an die Gewaltmethoden von 1921 bis 1930 anhaftet.“ Grobartig! Es war wohl eine Gewaltmethode, daß die Arbeiter im Jahre 1921 durch ihre geschlossene Organisation sich einen annehmbaren Kollektivvertrag erkämpfen konnten, oder war es ein Gewaltakt, daß das Pflegerpersonal sich eine kürzere Dienstzeit, ein festeres Gehaltschema usw. erkämpft hat? Alle Dinge, welche heute noch Angenehmes bieten, wurden in dieser Zeit von den freien Gewerkschaften errungen. Solange die Pfleger und Arbeiter sich ihre Verhältnisse verbessern konnten, haben sie es getan, denn dies war in den Anstalten sehr, sehr notwendig. Dienstzeit, Ausgang, Freizeit, Entlohnung usw. ließ vor dem Krieg in den Anstalten sehr zu wünschen übrig. Alles dies menschenwürdiger zu gestalten war wohl Gewaltmethode? Und wer sind denn die Nutznießer dieser damaligen Methoden? Die „jungen christlichen“ Pfleger und Pflegerinnen, denen die besseren Verhältnisse direkt in den Schoß gefallen sind! Sie sind diejenigen,

welche die Errungenschaften für sich wohl in Anspruch nehmen, aber niemals dazu etwas beigetragen haben und heute obendrein noch kritisieren möchten. Im Gegenteil! Sie sind es, welche durch ihre „gewerkschaftliche Eigenbrötlei“ die Geschlossenheit des Personals gesprengt und so der niederösterreichischen Landesregierung die Möglichkeit zu den heute durchgeführten Verschlechterungen gegeben haben. Im Flugblatt heißt es weiter, daß sich die Christlichen an den Bundeskanzler Dr. Dollfuß um eine Audienz gewendet haben! Auch gut! Herr Weinfurter wird von dort mit einer ebenlangen Nase heimkehren, wie er eben sonst immer von solchen Verhandlungen heimfährt. Die Christlichen haben aber noch etwas versucht. An alle Bediensteten, welche durch die Intervention eines bürgerlichen Abgeordneten, aber auch durch sozialdemokratische Mandatäre in den Landesdienst gekommen sind, schrieben sie folgenden, wörtlich zitierten Brief:

„Da hier bekannt ist, daß Sie über Bemühungen eines christlichen Abgeordneten eine Lebensstelle erhalten haben, so erlaubt sich die Christliche Gewerkschaft, einen Stimmzettel zu der am 16. und 17. Dezember 1933 statt-

findenden Betriebsratswahl zur Gebrauchnahme zu übersenden.“

Dieses Geschreibsel hat gerade das Gegenteil unter dem Personal erzeugt. Mit Entrüstung haben die Leute diese Papierfetzen dorthin befördert, wohin sie gehören. Denn um die Stimme betteln und dabei verflucht drohen, verträgt man nicht. Weil wir schon von dieser Sache schreiben, erinnern wir an einen Fall. Ein gewisser Herr Auer, Pfleger, Kandidat auf der christlichen Liste, ist, um in die Anstalt zu kommen, beim Herrn Landesrat Schneidmahl vorstellig geworden. Kaum war der Herr im Betrieb, so war er schon Funktionär bei den Unpolitischen. Für den Herrn wäre recht gewesen, wenn er sich den oben zitierten Brief um die Nase gerieben hätte. Zum Schluß wollen wir noch dem Herrn Weinfurter raten, wenn er wieder ein Flugblatt schreibt, so möge er erst vom Jahre 1931 beginnen, denn vom Jahre 1921 weiß der junge Mann mit seinen 25 Jahren gar nichts. Und trotz alledem haben die Christlichen nichts gewonnen, sondern gegen das Vorjahr sechs Stimmen verloren. Das Groß der Bediensteten bleibt dem Sozialismus treu.

Haushaltsdebatte im Amstettner Gemeinderat.

Am 19. Dezember fand die letzte öffentliche Gemeinderatsitzung im heurigen Jahre statt, in der Finanzreferent Höller über den Voranschlag für das Jahr 1934 referierte. Dieser weist einen unbedeckten Abgang von 3681 S auf und enthält einige Schönheitsfehler, die von verschiedenen Gemeinderäten in der Debatte aufgezeigt wurden. Vizebürgermeister Genosse Ackerl wendet sich dagegen, daß im Voranschlag für die Verschönerung des Hauptplatzes 2000 S eingesetzt erscheinen, welcher Betrag aber für die in Aussicht genommenen Arbeiten viel zu gering sei und richtiger zur Straßenverbesserung verwendet werden sollte. Bürgermeister Reisch ist dafür, daß der Betrag als Rücklage für diesen Zweck bestimmt werden solle, daß aber für den Fall, daß die Stadtparkasse einen Betrag für diesen Zweck spendet, mit der Verschönerung des Hauptplatzes begonnen werden soll. An eine Verlegung der städtischen Brückenwaage könne in absehbarer Zeit aus finanziellen Gründen nicht gedacht werden. Gemeinderat Hammer spricht sich für die Errichtung einer öffentlichen Bedürfnisanstalt

im Stadttinnern aus und stellt den Antrag, dafür den für die Hauptplatzverschönerung präliminierten Betrag zu verwenden, wodurch einer dringenden Notwendigkeit Rechnung getragen werden würde. Gemeinderat Gschliffner kritisiert den Antrag der Überstundenentlohnung für die Sicherheitswache im Betrag von 10.000 S. Bürgermeister Reisch und Vizebürgermeister Ackerl geben dahingehend Aufklärung, daß es sich bei dieser Post nicht nur um Überstundenentschädigung, sondern um verschiedene Ausgaben handle, die in dieser Post zusammengezogen sind. Gemeinderätin Genossin Graf wendet sich gegen die Verminderung des Betrages für Säuglingswäsche von 3000 S auf 2000 S aus und verweist darauf, daß der Betrag von 2000 S im laufenden Jahre schon beträchtlich überschritten sei. Vizebürgermeister Höller stellt hierauf den Antrag, die Einkommensgrenze für diejenigen, welche künftig die Säuglingswäsche erhalten sollen, mit 250 S festzulegen. Gemeinderat Pils beantragt, diese Einkommensgrenze auf 200 S herabzusetzen. Gemeinderat Gschliffner tritt für eine weitere

Herabsetzung der Einkommensgrenze ein und beantragt, dafür den Bedürftigsten bei der Niederkunft noch eine Geldspende in der Höhe von 50 S zu gewähren. Gemeinderätin Genossin Köttl führt Beschwerde über die ungleichmäßige Ausstattung der Säuglingswäschepakete. Vizebürgermeister Genosse Ackerl übt berechtigte Kritik, daß von dem ursprünglichen Betrag von 15.000 S für Zwecke der öffentlichen Fürsorge durch die Finanzsektion 3000 S gestrichen worden seien. Er verweist darauf, daß im laufenden Jahre bereits weit mehr als 10.000 S verbraucht wurden und daß bis Jahresende der noch verfügbare Rest wohl zur Gänze aufgebraucht sein werde. Wenn man bedenkt, daß die Not immer größer wird, so erscheint der Betrag von 15.000 S für diesen Zweck eher zu niedrig als zu hoch bemessen. Der beste Beweis dafür sei, daß bei der Verteilung von Brennmaterial nur mehr 82 die volle Arbeitslosenunterstützung beziehen, während es schon 200 Ausgesteuerte gibt. Wenn man noch die Notstandsunterstützten in Betracht zieht, die nur die Notstandshilfe III beziehen, so könne man sich ein Bild machen, in welches grauenhafte Elend ein Teil unserer Bevölkerung schon versunken sei. Es ist nur erstaunlich, daß diese armen Menschen ihr Schicksal so ertragen. Was hat man übrigens bisher von der „Bundeswinterhilfe“ gehört? Gleichzeitig stellt Ackerl dann die Anfrage, ob es notwendig war, die Gemeinde mit den Kosten der Einquartierung einer Abteilung des Bundesheeres zu belasten. Bürgermeister Reisch antwortet, daß die Gemeinde nur 40 Prozent der Einquartierungskosten zu tragen habe, was zirka 1000 S beanspruchen werde. Gemeinderat Pils beantragt, daß für das Jahr 1934 die bisherigen Subventionen vollständig gestrichen werden. Die Abstimmung über die gestellten Anträge ergab folgende Resultate: Der Betrag für die Verschönerung des Hauptplatzes wird mit 1000 S festgesetzt, die als Rücklage dienen, falls die Sparkasse keinen entsprechenden Zuschuß leistet. Die Einkommensgrenze für den Bezug der Säuglingswäsche wird mit 200 S, der Preis eines Säuglingswäschepaketes mit 28 S festgesetzt. Der Antrag Gschliffners auf Geldzuwendung für Wäscherinnen und der Antrag Pils auf Streichung der Subventionen werden abgelehnt. Finanzreferent Vizebürgermeister Höller erteilt im Schlusswort die Berechtigung der Wünsche der Debatteredner an, verweist aber darauf, daß die finanzielle Kraft der Ge-

<h1>PROSIT NEUJAHR!</h1>		Redaktion und Verwaltung der „Eisenwurzten“ allen ihren Lesern und Freunden	
Allen Mitgliedern des Allgem. Konsumvereins „Pöchlarn-Neuda“		Die sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion Amstetten: Ackerl, Graf, Vollmar, Daniser, Zemanek, Köttl, Hammer, Augustin, Reder, Heinrich, Reisinger, Golser, Burgmann, Hartinger	
Prosit Neujahr allen Genossen und Genossinnen Sozialdemokratische Gebietsorganisation Amstetten		Prosit Neujahr allen unseren edlen Spendern Freiwilliger Fürsorgeverein „Mitsbereitschaft“, Amstetten	
Hans Müller Nationalrat	Theodor Pauppill Landtagsabgeordneter	Katharina Graf Landtagsabgeordnete	Prosit Neujahr allen Parteimitgliedern Sozialdem. Lokalausschuß Amstetten
Allen Sangesbrüdern, Freunden und Gönnern Arb.-Gesangsverein „Liederhort“	Prosit Neujahr allen Mitgliedern Exekutive der Pensionisten	Robert Dubovsky Sekretär Amstetten	Prosit Neujahr allen Mitgliedern Motorsektion Amstetten
Allen Berufskollegen und Kolleginnen Prosit Neujahr! Betriebs- und Personalvertretung der Heilanstalt Ybbs	Arbeiter-Turn- und Sportverein Amstetten allen seinen Mitgliedern	Seinen Besuchern das Apollo-Lichtspieltheater Ybbs	Prosit Neujahr allen unseren lieben Gästen Rudolf und Resi Bastendorff
Ernst Lechner Bürgermeister Hausmening	Verein Arbeiterheim Amstetten	Robert Streit Schreibmaschinen Amstetten	Prosit Neujahr allen unseren edlen Spendern Freiwilliger Fürsorgeverein „Mitsbereitschaft“, Amstetten
Konsum- und Spargenossenschaft in Waidhofen an der Ybbs allen ihren Mitgliedern	Allen Kunden und Freunden Josef Mayerwöger Fleischhauer Ybbs	Alexander Weiß Warenhaus Waidhofen, Oberer Stadtplatz 12	Karl Neumüller behördlich geprüfter Baumeister Unterszell
Prosit Neujahr allen Kunden Ant. Pirher, Amstetten	Prosit Neujahr Allen Mitgliedern und Mitarbeitern A. Neuhauser Gemischtwarenhandlung Lokalorganisation Ybbs	Prosit Neujahr Radiohaus Eisel Familie Walter Thema Amstetten	Prosit Neujahr allen Gästen Café Hörmann
Prosit Neujahr allen Mitgliedern Arbeiter-Musikverein Amstetten-Mauer	Prosit Neujahr Allen Gästen und Freunden Heinrich und Mizzi Grössl Gastwirt Arbeiterheim, Ybbs	Prosit Neujahr Anton Ackerl Vizebürgermeister Amstetten	Gebietsleitung S.A.J. allen ihren Mitarbeitern Johann Kauer Wiesenberg
Prosit Neujahr allen Mitgliedern Arbeiter-Musikverein Amstetten-Mauer	Prosit Neujahr Allen Mitgliedern und Mitarbeitern Viehtauer Alois Viktualienhandlung Ybbs	BIBERAUER FRANZ Bäckermeister Ybbs	Prosit Neujahr allen unseren lieben Gästen Rudolf und Resi Bastendorff
Prosit Neujahr allen Mitgliedern Arbeiter-Musikverein Amstetten-Mauer	Prosit Neujahr Allen Mitgliedern und Mitarbeitern Otto Götzl Modehaus Ybbs	Alois Gansch Bürgermeister Kienberg-Gaming	Prosit Neujahr allen unseren edlen Spendern Freiwilliger Fürsorgeverein „Mitsbereitschaft“, Amstetten

meinde nicht hinreichend, um alle geäußerten Wünsche zu erfüllen. Er konnte es sich nicht verjagen, auf seine Gewerbefreundlichkeit aufmerksam zu machen und für die sogenannten „Althausbesitzer“ eine Lücke zu brechen. Der Vorschlag wird hierauf mit den beschlossenen Abänderungen einstimmig angenommen. Die Zuschläge zu der Landesgrund-, Gebäude- und Arealsteuer werden über Vorschlag der Finanzsektion in der gleichen Höhe wie bisher — 30 Prozent — festgesetzt. Die Hundesteuer wird für das Jahr 1934 in der gleichen Höhe wie bisher — für den ersten Hund 15 S, für den zweiten Hund 40 S und für den dritten Hund 70 S — festgesetzt. Die Beratung der neuen Wasserleitungsordnung wird wegen Abwesenheit des Referenten von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Firma Steiner, Sägewerk, und der Firma Soppfweiser, Zimmereigenschaft und Sägewerk, wird über Ansuchen die Arealsteuer um je 20 S herabgesetzt. Ein gleiches Ansuchen der Firma Guido Rütgers, Holztränkeanstalt, zufolge, wird diese Steuer von 1520 S auf 1200 S herabgesetzt.

Gemeinderat Genosse Vollmar referiert hierauf über die Übernahme der Grabstelle des Herrn Leitner als Legatgrab gegen ein Legat von 1500 S. Wird einstimmig angenommen. Dem Ansuchen um Einschulung des Hauses Nr. 21 in Berg, Gemeinde Preinsbach, in den Schulpfengel Amtstetten wird stattgegeben. Über Antrag der Sanitätssektion wird die Entfernung der Bäume beschloffen, die längs des südlichen Schwimmbades stehen, da die Gefahr ständiger Verunreinigung des Schwimmbassins besteht und dem Schwimmbadgebäude eine Gefahr durch Entwurzelung dieser Bäume droht. Statt dessen wird eine Rigisturbefehle angeplant. Mit der Durchführung dieser Arbeiten wird der Fortreferent, Gemeinderat Gschliffner, betraut. Bürgermeister Kesch berichtet, daß das Budgetfinanzierungsgesetz, von dessen Bestimmungen auch die Angehörigen der Stadtgemeinde betroffen werden, mittels Notverordnung verlängert worden sei, so daß die Bestimmungen dieses Gesetzes auch für das Jahr 1934 aufrecht bleiben. Ferner berichtet Bürgermeister Kesch, daß die Stadtgemeinde Steyr neuerlich an die Stadtgemeinde Amtstetten wegen Verletzung des Baues der Voralpenstraße herangetreten sei. Die Stadtgemeinde Amtstetten verweist auf ihre diesbezüglichen Beschlüsse vom 13. Februar 1932 und vom 10. März 1933 und schließt sich den Bewilligungen der Stadtgemeinde Steyr an. Zum Schluß bringt Bürgermeister Kesch den Gemeinderäten seine Glückwünsche für die Weihnachtsfeiertage und zum Jahreswechsel zum Ausdruck und erläßt die öffentliche Sitzung für geschlossen.

Bezirk Amstetten

Mauer-Öhling. Nachtwächtergeschichte. Ein recht sonderbares Anekdote sind unsere drei Nachtwächter. Zwei zwei- und ein vierbeiniger. Sonst sind sie dienstfertig bis zum Originellen, nur zu Weihnachten halten sie Frieden. Sie sind so friedlich, daß sie sogar vom Christtag zum Stephanstag alle drei zu Hause bleiben, um

Ein Jubiläum.

Vierzig Jahre sind es in den Weihnachtsfeiertagen gewesen, daß die Gewerkschaftskommission, die Zusammenfassung der freien Gewerkschaften in Österreich, geschaffen wurde. Vor ungefähr vierzig Jahren war die Arbeiterbewegung in Österreich, dank dem gewaltigen Wachstum der Industrie, rasch groß geworden. Die Gewerkschaften nahmen stark zu, setzten die ersten Verträge durch, regelten in schweren Kämpfen die Arbeitszeit und erzielten bis heute nachwirkende Erfolge. Aber sie hatten untereinander nur wenig Fühlung. In Weihnachten 1893 tagte in Wien der erste Gewerkschaftskongress, welcher die zerplitterten Gruppen der Gewerkschaftsbewegung zusammenfaßte, den Aufgabenkreis festlegte und die Kräfte zu gemeinsamen Vorgehen erfaßte.

Vor vierzig Jahren war die Zeit des Beginnes der Selbständigkeit der Bewegung, die Zeit der Zielsetzung. War doch die Arbeiterbewegung in Sturmschritt geraten, da galt es, die Truppenkörper der immer mehr anwachsenden Armee zu einheitlichem Vormarsch zu bringen. Damals sind bei den Beratungen des ersten Kongresses die Organisationsfragen im Vordergrund gestanden. Industriegruppen sollten geschaffen werden, obwohl freilich der Boden hierzu noch nicht genügend vorbereitet war, denn es waren die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschieden und die Opferbereitschaft trotz der Gleichheit der Ausbeutung nicht gleichmäßig gegeben. Viele Organisationen waren noch von der falschen Meinung beherrscht, durch niedere Beiträge die Massen der Arbeiter zu gewinnen, demgegenüber niedere Leistungen verzeichnet wurden. Waren doch von 300.000 in Wien Beschäftigten nur rund 20.000 in den Organisationen, in der Provinz von 132.000 nur 11.300.

Dennoch war der Kongress für jene Zeit ein großes Ereignis. Das Bürgertum hörte auf, die Arbeitererschaft erkannte ihre

Bedeutung. 69 Vereine aus Wien und 125 aus der Provinz waren auf dem Kongress vertreten, den auch andere große Fragen bewegten. Soll für die Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Generalstreik eingesetzt werden oder soll diese Kraftanstrengung der Erreichung des allgemeinen Wahlrechtes dienen, das war die Streitfrage. Die späterhin zu großer Bedeutung gelangende Gewerkschaftskommission wurde im Jahre 1893 geschaffen. Zehn Delegierte der Wiener Gewerkschaften sollten sie bilden und einen Kreuzer pro Monat und Mann sollte für die Zentrale aufgebracht werden.

Vieles ist unterdessen naturgemäß anders geworden. Damals ein Säuslein Menschen, heute Hunderttausende von gleichem Streben erfüllt. Wahrhaft und verkürzte Arbeitszeit, die Forderungen von damals, sind durchgesetzt und eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit ist heute eine dringende Forderung geworden. Gleichgeblieben aber ist eines: Damals wie heute heftig befehdet und von allen Seiten angegriffen, kämpfen die Gewerkschaften um die Grundrechte der arbeitenden Menschen und um gesellschaftliche Freiheit. Häßlichste feste man feinerzeit der Bewegung christliche Gewerkschaften entgegen. Heute sind es andere Formen und Mittel, die gegen eine gesunde, sozial segensreiche Bewegung angewendet werden. Damals wurde es nach langer Düsternis wieder hell, nach harter Bedrängnis folgte ein ständiger Aufstieg. So muß auch jetzt dem wirtschaftlichen Tiefstand eine andere Zeit folgen, in der die Gewerkschaften ihren Aufgaben voll und ganz gerecht werden können, wo nach der Verteidigung und Abwehr wieder der Vormarsch erfolgt. Vierzig Jahre Gewerkschaftsbewegung ermöglichen eine Rückschau, geben neuen Mut und starke Kraft und unbeugsame Entschlossenheit für die Zukunft. Aus den Ereignissen der Vergangenheit sind viele nützliche Lehren zu schöpfen.

ja mit niemand in Konflikt zu geraten. Die Sache wäre ja auch schon verschwiegen geblieben, wenn nicht einige Leute auf das Läuten zum Abendgebet am Christtag und zum Morgengebet am Stephanstag gewartet hätten. Dieses Gebetläuten muß nämlich auch jedesmal ein Nachtwächter besorgen. Also die Väter warten auf das Läuten, doch kein Ton erschallt, weil eben die Vor- und Nachmittags-Nachtwächter zu Hause in den Betten sind. Jetzt entzieht das Käselraten über das Warum des Nichtläutens. Einige sind der Meinung, daß deshalb nicht geläutet wird, weil ja in der Nacht vorher ohnehin das Geläute aus Bethlehem im Radio übertragen wurde. Ein Teil wieder glaubt, man will den Nachtwächterlohn sparen und die Glocke vor Abnutzung schützen. Der dritte Teil wieder ist der Meinung, daß die Konferenz, welche den Nachtwächter- und Glockenläuterdienst regelt, zu wenig stark besetzt wurde, daher keine Einigung zustande kam. Dies sind die verschiedenen Meinungen. Wer recht hat, weiß man natürlich nicht. Wer recht hat? Die Unterlassungsjünde der drei Nachtwächter wurde viel bekräftelt, nahm größere

Dimensionen an und die drei lernten das Gruseln. Um ihr Vergehen der vergangenen Nacht zu sühnen, erschienen daher am Stephanstag, trotzdem die Verwaltung nicht mehr die zehnpromzentige Zulage ausbezahlt, alle drei zum Dienst. Die Zweibeinigen kamen wie weiland Amundsen auf Polarfahrten mit Lederhaube, Pelz und Filzstiefel bekleidet, der Vierbeinige barfuß. Und es kam, wie es kommen mußte. Der Kampf um die Kontrolluhr, welche zum Dienst unerlässlich ist, begann zwischen den zwei Zweibeinigen. Der Vierbeinige beteiligte sich nur durch heftiges tiefes Knurren, weil er wegen dieser Nachtwächtergeschichte sechs- unddreißig Stunden nicht „eiskeln“ geführt und gequält wurde. Der Kampf um die Kontrolluhr spielte sich sonst ganz ruhig ab. Nur von ferne hörte man den kleinen Wari: „Wota, Wota, schau, zwoa lebendige Reddbär'n.“ Der Ausruf konnte sich aber nicht auf die kämpfenden bezogen haben. Der Jüngere der Zweibeinigen zog schließlich den kürzeren, setzte sich in einen gemütlichen Trost nach Hause und überließ es dem Älteren, die Klagen des Vierbeinigen über Sünge und Nichterfüllungen anzuhören.

Bez. Waldhofen a. Y.

Gerfil. Der Ybbstaler Kleintierzuchtverein, Sektion Hausmenning, veranstaltet am 6. und 7. Jänner im Gasthaus Gangelmaier in Neufurt, Post Hausmenning, eine Kleintierausstellung und Produktschau, zu welcher sämtliche Züchter und Interessenten herzlich eingeladen sind. Eintritt 50 Groschen, Arbeitslose 40 Groschen, Kinder 10 Groschen.

Opponitz. Der Arbeitergesangsverein „Harmonie“, Opponitz, veranstaltet am 31. Dezember, 8 Uhr abends, in Mitts Gasthaus eine Silvesterfeier. Alle, die lachen wollen, sind herzlich eingeladen. Nach 12 Uhr nachts Tanzmusik. Ein Teil des Reinertrages wird für die Winterhilfe gegeben. Eintritt 1 Schilling, Arbeitslose 50 Groschen.

Waldhofen an der Ybbs. Hausbesitzer — aufpassen! Die Wahrnehmung, daß bei den letzten Schneefällen viele Hausbesitzer es unterlassen haben, die Gehwege vor ihren Häusern und Grundstücken von Schnee zu reinigen und bei der darauffolgenden Glättebildung zu bestreuen, läßt es geboten erscheinen, die diesbezüglichen Vorschriften, laut welcher jeder Hausbesitzer verpflichtet ist, die Trottoiranlagen und Gehwege vor den Häusern und Gärten von Schnee und Eiskrusten zu säubern und bei Glättebildung mit Sand, Asche, Erde oder Sägespänen zu bestreuen mit dem Bewußtsein in Erinnerung zu bringen, daß für Unfälle, die aus der Unterlassung dieser Verpflichtung entstehen, die Hausbesitzer haftbar sind. Gleichzeitig wird auf das Verbot des Nabels und Schlittschuhlaufens in nachbenannten Gassen und Plätzen hingewiesen: Föhlingerberg, Höttergasse, Hoher Markt, Am Türl, Schloßweg, Fuchslug, Graben, Schöffelstraße (Schulberg), Unter der Leihen, Föhlingerstraße, Zufahrtsstraße zum Lokalbahnhof, Patental beim Wächterhaus, Bahnhofszufahrtsstraße, Windhagerstraße, Weyrerstraße, Konradshoferstraße (Nagelberg), Teichgasse, Krautberggasse und sämtliche Bahnüberführungen. Das Befahren dieser Gassen und Wege birgt nicht nur für die Kinder die größten Gefahren, sondern es wird hiedurch auch die Sicherheit der Passanten, insbesondere durch das Infolge des festen Befahrens hervorgerufene Schlatterwerden der Wege, gefährdet. Die Eltern von Kindern werden aufmerksam gemacht, daß die Einhaltung des vorerwähnten Verbotes strengstens überwacht wird und sie für die Nichtbefolgung desselben durch ihre Kinder verantwortlich gemacht werden müßten.

Allgemeiner Konsumverein „Pöchlarn-Neuda“

Verkaufsstellen in:
Neuda — Wiselburg — Schelbbs
— Kienberg — Langau — Lackenhof — Gresten — Ybbs
— Amstetten — Maurer — Blindenmarkt
— Loosdorf

Hans Hörmann
Elektrotechniker und Radiohaus
Waldhofen, Unterer Stadtplatz

Amstetten Fescher Sportmantel mit Rollkragen aus Plüsch S 34.— Ripsmantel , blau oder schwarz, auf Seide gefüttert, mit Rollkragen S 39.— Modenhaus Otto Götzl, Amstetten, Wienerstraße 23		Ybbs a. d. Donau Besuchen Sie das 4630 Warenhaus Schachner WARENHAUS HEINRICH ORTMAYER 12004 Kauft österr. Waren! 12003 Franz Biberauer 12002 Weiß- u. Schwarzbäckerei, Mehlverschleiß Josef Ungar 12001 Glas- u. Geschirrhändler		Waldhofen a. d. Ybbs Karl Kammerhuber Walzmühle, Breiteneich 4578 F. WEINER Kautaus, Fahrräder, Nähmaschinen 4654 Anton Wurzer Bäckerei u. Gasthaus 4652 Moritz Greger Warenhaus 4653 Rudolf Gerlinger 12008 Das Kautaus d. Arbeiter u. Angestellten Anton Klinger, Herren- u. Damenfriseur Achte auf gesunde Zähne! Franz Keplinger, Schuhmacher 12010		Sparkasse d. Stadt Waldhofen a. d. Ybbs Einlagen in Sparbuch 4636 und im Scheckverkehr Spart bei Eurer Sparkasse! 4642 Wohin am Abend? Ins Kino!! Kauf österreichische Waren Brauhausgasthof „Zum Deutschen Adler“ 4635 Vorzügliche Speisen u. Getränke. Fremdenzimmer. Sehenswerte Gastlokaleitäten Maschinen-, Radio-, Grammophon- und Fahrradhaus J. KRAUSCHNEIDER Unterer Stadtplatz 16. Tel. 18 4639 Heinrich Ellinger 4634 Plakatierungs-Unternehmen Papier-, Schreib-, Schul- und Zeichenrequisiten-Handlung I. Waldhof. Dampfbäckerei Karl Platy's Wtu. 4638 Zuckerbäckerei, Tel. 99 Karl Gruber Herren- u. Damenfriseur Wienerstraße 11 4632 HANS MANN Fahrradmechaniker, Reparaturwerkstätte Kauf österreichische Waren! Anton Achieltner Fleischhauer und Selcher Ludwig Greder, Diamant- u. Radiofriseur Spezerei - Konsumwaren 4622 Ernst Klackl Bäcker- und Konditorei	
OTTO EBERL Konditorei // Wienerstraße 4 Julius Exel Konditorei // Dampfbäckerei JOSEF APPELTAUER Schlosserei 12019 Sorget um Eure Zähne! F. Pirschl, Tischlerei Karl Steigenberger Uhrmacher, Juwelier und Optiker Gründungsjahr 1857 4622 Drogerie - Parfümerie - Photo HANS PREISEGGER 4619 Wienerstraße 14 Molkerei Amstetten 4617 Verkaufsstellen: Hauptplatz 23 (Gruberhaus), Tel. 195/IV. Kubasterstraße 7, Tel. 184/VIII. Lieferant des Arbeiterkonsumvereines. Johanna Gutschmidt Gasthaus Stöger, Bruckbach Kino Böhlerwerk Programm im Lokal Weiß-, Schwarz- und Feinbäckerei Alfred Schoder, Hilm-Kematen		Stefan Hahn Fleischhauer und Selcher 4659 Karl Bruckmüller Dampfbäckerei und Konditorei Herrengasse 46 4658 Otto Amstler Bäckerei und Viktualien 4657 Josef Jenisch Gasthaus u. Fleischhauerei 12005 Franz Naderer Bäckerei, Mehl- u. Fruchtgeschäft 12006 KAUFHAUS GLASER 12007 Berücksichtigt den ortsansässigen Schuhmacher Kauft österr. Waren! 4613 Martin Auer, Trafik, Schreibrequisiten		Waldhofen a. d. Ybbs Rudolf Pöchlhacker Fleischhauerei und Selcherei Ybbsitz Lieferant des Konsumvereines 4651 Josef Grün Küchengeräte u. Eisenwaren 4649 Josef Bruckner Weiß-, Schwarz-, Luxusbäckerei 4646 J. Kaltenböck, Herren-, Damenfriseur gegenüber Zeller-Hochbrücke 4643 ? ? ? 4647 Elektrizitätswerke der Stadt Waldhofen a. d. Ybbs Direktion: Untere Stadt (altes Rathaus) Fernsprecher 39 Stromlieferung, Herstellung von Licht- und Kraftanlagen jeden Umfangs zum Anschluß an das eigene Leitungsnetz. Vortellhafteste Versorgung mit elektrischer Kraft für Industrie, Gewerbe und insbesondere auch für anderwirtschaftliche Zwecke. - Verkauf von Glühlampen, Heiz- und Kochapparaten, Elektromotoren usw. - Kostenvoranschläge und jegliche Auskünfte jederzeit bereitwillig. - Erleichterte Zahlungsbedingungen. 4633 Elomne Betriebsstellen: Hilm-Kematen, Seitenstetten, Haag, Wallsee, Wever a. d. E.		Ph. Mr. Franz Körner 4616 Mariahilf-Apothek KARL KRAUS 12014 Fleischhauerei und Selcherei Alex. Paulczynski 12015 Modernster Friseursalon, Wienerstraße 26 Elektrizitätswerk der Stadtgemeinde Amstetten Besichtigen Sie unseren Ausstellungsraum am Hauptplatz 27 Kochet elektrisch, da in Amstetten um 50% billiger gegenüber anderem Brennmaterial Joh. Schindler, Amstetten Konfektion und Modewaren 467 Alois Boissl, Amstetten Fleischhauer und Selcher, Wienerstraße 16 4626 Schulrequisiten, Papierwaren Amstetten Franz Bauer Wienerstr. 12 Musik- und Radiohaus 4624 Karl Frey, Amstetten Hans Eblinger Zuckerbäcker und Lebzelter Amstetten, Hauptplatz 4673	

LETZTE NACHRICHTEN

Ein Jahresbudget verordnet.

Der Ministerrat hat sich Donnerstag mit dem Budget, dem Bundesvoranschlag für das Jahr 1934, beschäftigt. Die Regierung hat beschlossen, den Bundesvoranschlag mittels einer Verordnung auf Grund des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes in Kraft zu setzen.

Was ist das — das Budget? Es ist zunächst ein Voranschlag der Staatseinnahmen, die die Regierung im kommenden Jahre zu haben hofft, und der Staatsausgaben, die sie im kommenden Jahre zu machen gedenkt. Ein solches Budget wird in allen Ländern, die überhaupt Parlamente haben, alljährlich den Parlamenten zur Genehmigung vorgelegt. Indem das Parlament das Budget genehmigt, gibt es der Regierung drei Vollmachten: Erstens die Vollmacht, die Steuern nach den bestehenden Steuergesetzen einzuhellen, das heißt: wenn sie nicht freiwillig gezahlt werden, zwangsweise einzutreiben; diese Vollmacht beruht in allen Ländern, die überhaupt Parlamente haben, auf dem Beschluß des Parlaments, das Budget zu bewilligen. Zweitens die Vollmacht, Geld des Staates im Rahmen der im Budget veranschlagten Ausgaben auszugeben; wenn die Regierung mehr Geld oder Geld zu andern Zwecken ausgeben will, als im Budget vorgesehen ist, bedarf sie dazu in allen Ländern, die Parlamente haben, einer besonderen Ermächtigung des Parlaments. Endlich drittens die Vollmacht, über Staats-eigentum zu verfügen, zum Beispiel: Staats-eigentum zu verkaufen oder zu verpfänden. Auch das dürfen die Regierungen in allen Ländern, die überhaupt Parlamente haben, nur auf Grund der Vollmacht, die ihnen die Parlamente durch Bewilligung des Budgets geben.

Dieses Budgetrecht der Parlamente ist das Ergebnis einer langen geschichtlichen Entwicklung. Sie hat sich am vollkommensten in England vollzogen. Dort bestand schon seit dem dreizehnten Jahrhundert der Rechtsgrundsatz, daß Steuern nur eingehoben werden dürfen, wenn das Parlament sie bewilligt hat. In der Zeit der Kämpfe zwischen dem Parlament und der Königs-gewalt hat sich die Regierung allerdings über diesen Grundsatz hinweggesetzt. Sie hat auch Steuern, die ihr nicht vom Parlament bewilligt waren, eingehoben. Einer der berühmtesten Prozesse der Weltgeschichte hat das ganze englische Volk mit dieser Streitfrage zwischen dem Parlament und der Regierung vertraut gemacht. Als die Regierung Karls I. eine Steuer, das sogenannte Schiffsgeld, zwangsweise eintrieb, obwohl sie vom Parlament nicht bewilligt war, weigerte sich John Hampden, diese Steuer, die ihm in der Höhe von zwanzig Schilling vorgeschrieben war, zu bezahlen, er ließ sich pfänden und erhob gegen die Pfändung Klage vor dem Gericht. Obwohl das Gericht damals noch Hampden unrecht gab, erfüllte doch dieser berühmte Rechtsstreit das ganze englische Volk mit dem Prinzip, daß Steuern nur eingehoben werden dürften, wenn dies vom Parlament als der Vertretung der Steuerzahler bewilligt worden war. Der Streit um das Budgetrecht des Parlaments endete in den gewaltigen Stürmen der englischen Revolution. Seitdem hat es keine englische Regierung mehr gewagt, Steuern anders als auf Grund der Bewilligung des Budgets durch das Parlament einzuhellen.

Das englische Budgetrecht ist auch von den festländischen Staaten übernommen worden, nachdem auch auf dem Festland der Absolutismus überwunden war. Ueberall galt seitdem das Budgetrecht des Parlaments, das Recht der jährlichen Erteilung der Vollmacht zur Eintreibung der Steuern und zur Bestreitung der Staatsausgaben als die Grundlage aller Rechte der Volksvertretung. Die jährliche Debatte über das Budget bildet und bildet in allen Parlamenten den Kern der parlamentarischen Arbeit. In der Budgetdebatte werden die Einnahmen und Ausgaben jedes einzelnen Ministeriums durchbesprochen; dies gibt dem Parlament Gelegenheit, an der Verwaltungstätigkeit der einzelnen Ministerien Kritik zu üben, über sie Fragen zu stellen, zu ihr Anregungen zu geben. Die Budgetdebatte ist daher das wichtigste Mittel zur Unterwerfung der Ministerialbürokratie unter die öffentliche Kontrolle der Volksvertretung.

Auch in Oesterreich galt in der Zeit der Monarchie seit dem Anfang der Verfassungsjahre, seit den sechziger Jahren der Grundsatz, daß die Regierung alljährlich der

parlamentarischen Bewilligung des Budgets bedurft, damit sie die Steuern gemäß den Steuergesetzen eintreiben und die Staatsausgaben gemäß den Ansätzen des Budgets bestreiten könne. Allerdings ist dieser Grundsatz einigemal durchbrochen worden. In der Verfassung der Monarchie war der berühmte § 14 enthalten, der dem Kaiser das Recht gab, unter bestimmten Voraussetzungen und mit bestimmten Einschränkungen Notverordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen. In Zeiten des Konflikts zwischen den kaiserlichen Regierungen und dem Parlament wurden einigemal Budgetprovisorien für einige Monate auf Grund des § 14 erlassen. Statt des Parlaments gab also der Kaiser der Regierung die Vollmacht, die Steuern einzutreiben und die Staatsausgaben zu bestreiten. Die Parlamente haben sich dagegen freilich sehr gewehrt; es ist nicht ohne Interesse, heute nachzulesen, wie diese Anwendung des § 14 in dem alten österreichischen Abgeordnetenhaus bekämpft wurde. Als in der Kriegszeit das Parlament beinahe drei Jahre ausgeschaltet war, wurde das Budget auf Grund des § 14 dekretiert. Als aber das Parlament im Jahre 1917 wieder zusammentrat, wollte es jeder künftigen Anwendung des Notverordnungsparagraphe der alten Verfassung einen Niegel vorchieben. Es war damals freilich Krieg. Die Wirtschaft war durch Kriegszentralen reguliert. Und täglich mußte man wirtschaftliche Verfügungen über die Wirtschaft der Kriegszentralen treffen: einmal über die Brottration, einmal über die Anforderung kupferner Gegenstände, einmal über die Bewirtschaftung des Gemüses usw. Man mußte also der Regierung eine Vollmacht zur Erlassung solcher Kriegswirtschaftlicher Verfügungen geben. Zu diesem Zweck wurde im Jahre 1917 das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz erlassen; wer die Verhandlungen des alten Abgeordneten-hauses über dieses Gesetz nachliest, der sieht, daß der Gesetzgeber gar nichts anderes im Sinne hatte, als der Regierung die Vollmacht zur Regulierung der öffentlichen Bewirtschaftung durch die Kriegszentralen zu geben. Der Gesetzgeber wollte mit diesem Gesetz das verfassungsmäßige Notverordnungsrecht nicht etwa erweitern, sondern er wollte es einschränken. Er wollte der Regierung durch das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz die Vollmacht geben, die unerlässlichen kriegswirtschaftlichen Verfügungen zu treffen, damit sie sich nicht mehr

des § 14 der Verfassung bediene. Der Sinn der Erlassung des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes war: k. k. Regierung, für kriegswirtschaftliche Verfügungen gebe ich dir eine besondere Vollmacht, damit du nicht mehr verleitet seist, den § 14 zu handhaben und ihn damit auch für andre Zwecke, die der parlamentarischen Gesetzgebung vorbehalten bleiben sollen, zu gebrauchen. Daran, daß dieses Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz niemals zur Erlassung eines Jahresbudgets benutzt werden werde, haben die Abgeordneten und Herrenhausmitglieder, die das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz beschlossen haben, gewiß nicht gedacht.

Das Wesen des Budgets ist, wie wir gesehen haben, eine Vollmacht an die Regierung: die Vollmacht, die Staatsausgaben nach bestimmten Ansätzen zu bestreiten, die Steuern erforderlichenfalls zwangsweise einzutreiben und über das Staatseigentum innerhalb bestimmter Grenzen zu verfügen. In der Regel ist es das Parlament, die Volksvertretung, die der Regierung diese Vollmachten gibt. In der Zeit der Monarchie war es, wenn das Budget auf Grund des § 14 verordnet wurde, der Kaiser, der statt des Parlaments der Regierung diese Vollmachten gab. Jetzt aber ist es die Regierung selbst, die mit Berufung auf das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz das Budget verordnet und damit sich selbst diese Vollmachten erteilt. Das Prinzip, daß die Regierung Steuern nur auf Grund einer Ermächtigung des Parlaments als der Vertretung der Steuerzahler einheben kann, ist damit in einem viel weiteren Maße aufgegeben, als in der Zeit der kaiserlichen Budgetverordnungen auf Grund des § 14. Denn damals war doch anerkannt, daß die Regierung nur auf Grund einer ihr erteilten Vollmacht Steuern einheben und Staatsausgaben bestreiten kann; es trat nur an die Stelle der vom Parlament gegebenen die vom Kaiser erteilte Vollmacht. Heute aber ist der Grundsatz, daß die Regierung nur auf Grund einer ihr von einem andern Staatsorgan erteilten Vollmacht Steuern einheben und Ausgaben bestreiten kann, überhaupt beseitigt; die Regierung erteilt sich die Vollmachten dazu selbst. Der Verfassungsgerichtshof aber, der zu prüfen hätte, ob dies der geltenden Verfassung entspricht, ist bekanntlich nicht funktionsfähig. John Hampden fände heute in Oesterreich das Gericht nicht, das zum Urteil über seine Klage zuständig wäre.

Der Mandschu-Staat verichlingt China.

Peking, 28. Dezember. (Tel.-Komp.) Das japanische Oberkommando in der Mandchurei hat eine Proklamation erlassen, wonach das gesamte chinesische Gebiet außerhalb der Großen Mauer in Zukunft zum Mandschu-Staat gehöre.

Das bedeutet vor allem die Annexion der inneren Mongolei, von deren drei Provinzen bisher eine, nämlich Jehol, dem mandchurischen Staat angegliedert ist.

Die zweite Provinz, Tschahar, wird zurzeit von japanischen und mandchurischen Truppen besetzt, während die dritte, Sin Juan, noch ein ziemlich selbständiges Dasein führt.

Allgemein wird angenommen, daß diese überraschende Proklamation den Auftakt für die Ausnutzung eines nordchinesischen Kaiserreiches unter dem heutigen mandchurischen Präsidenten Puji bildet. Dieser dürfte vorläufig in Jehol getront werden, wird aber wohl früher oder später in Peking einziehen.

Die Bewegung in Fuzien zusammengebrochen.

Nach Meldungen aus Songkong ist der Aufstand in der Provinz Fuzien gegen die Nanjingregierung vollständig zusammengebrochen. Das Luftbombardement der Hauptstadt Fuzhou und anderer Städte sowie die gleichzeitig von den Nanjingtruppen mit Unterstützung der chinesischen Flotte durchgeführten Operationen sollen den Widerstand der Aufständischen vollständig unterbrochen haben. Der Oberkommandierende der aufständischen neunzehnten Armee und andre Führer der Fuzienregierung befinden sich, wie es heißt, auf der Flucht.

Die Gefahren für Sowjetrußland.

Newyork, 28. Dezember. (Neuer.) Stalin hat in einem Interview in der „New York Times“ erklärt, die Sowjetunion könnte den Völkerverbund unterstützen, wenn sich dieser dem Kriege widersetze. Eine ernste und wirkliche Gefahr bestehe von seiten der japanischen Kriegspartei und Sowjetrußland müsse sich vorbereiten, um ihr zu begegnen. Es wäre von Japan wenig Flug, die Sowjetunion anzugreifen, da seine wirtschaftliche Lage nicht zu günstig sei und weil es schwache Punkte in Korea, in der Mandchurei und in China aufweise. Stalin erklärte schließlich, daß die Entwicklung des sowjetrussischen Außenhandels von günstigen Kreditvereinbarungen abhängig sei. Die Sowjetunion sei jetzt von der deutschen Industrie nicht mehr so abhängig wie früher.

Die Entrechtung der deutschen Arbeiter wird Gesetz.

Berlin, 28. Dezember. (Tel.-Komp.) Ministerialdirektor v. Mansfeld vom Reichsarbeitsministerium kündigt zum neuen Jahr ein „Großes Gesetz über die deutschen Arbeiter“ an, zu dem die Vorarbeiten bereits eingeleitet seien. Das Arbeitsvertragsrecht werde neu gestaltet werden.

Nur noch Nazistudenten.

Berlin, 28. Dezember. (Wolff.) Der Reichsinnenminister hat die Zahl der Abiturienten, denen im Jahre 1934 die Hochschulreise begrenzt wird, auf fünfzehntausend begrenzt. Die Hochschulreise soll nur denjenigen Abiturienten zugesprochen werden, die geeignet erscheinen, den besonderen durch die Hochschule gestellten Anforderungen nach ihrer geistigen und körperlichen Reife, nach ihrem Charakterwert und ihrer nationalen Zurechnung zu genügen.

Eine „Greuelvilla“.

München, 28. Dezember. (A. N.) Der „Angriff“ berichtet über das Treiben in einer „Greuelvilla“ in Rottach am Tegernsee, wo staatsfeindliche Kundgebungen verbunden mit Veranlassungen der Naktkultur abgehalten worden sein sollen. Außerdem hat die Inhaberin der Villa Greuelmärdchen verbreitet. Die bayrische Staatspolizei hat deshalb fünfzehn Männer jüdischen Glaubens und die Villenbesitzerin in Schutzhaft genommen, ferner weitere jüdische Einwohner von Rottach, die zu den Gästen der Villa gehörten.

Einwohner und Bürger.

Berlin, 28. Dezember. (Tel.-Komp.) Nach dem neuen preussischen Gemeindeverfassungsgesetz, das am 1. Jänner in Kraft tritt, besteht künftig ein Unterschied zwischen Einwohnern und Bürgern der Gemeinde. Einwohner der Gemeinde ist, wer in ihr seinen Wohnsitz hat, Bürger der Gemeinde ist bis zur endgültigen Regelung jeder reichsdeutsche Einwohner, der mehr als fünfundsiebzig Jahre alt ist und seit dem 1. Juli d. J. ununterbrochen in der Gemeinde wohnt. Ferner sind Bürger der Gemeinde ohne Rücksicht auf die Dauer des Wohnsitzes aktive Reichs- und Staatsbeamte, ferner die obersten örtlichen Leiter der NSDAP. sowie die rangältesten Führer der SA. und der SS. Die Bürger sind in eine Bürgerrolle einzutragen und müssen ihre Kräfte jederzeit ehrenamtlich in den Dienst des Gemeinwohlens stellen.

Abwendung von der falschen Politik.

Prag, 28. Dezember. Zwei führende Mitglieder der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei, der Chefredakteur des tschechischen Zentralorgans „Rude Pravo“, Guttmann, und der Prager Redakteur des Reichsberger deutschen kommunistischen Hauptblattes „Vorkwärts“, Paul Raimann, haben der Parteizentrale mitgeteilt, daß sie ihre Funktionen niederlegen. Als Grund führen sie an, daß sie politisch nicht mehr mit der Linie der Partei übereinstimmen können. Die Partei hat ihre Demission zur Kenntnis genommen und wird voraussichtlich in der nächsten Zeit zum Ausschluß der beiden aus der Partei schreiten. Guttmann und Raimann, die zu den führenden Theoretikern der Partei gehörten, setzen sich für die Einheitsfront mit der Sozialdemokratie ein. Sie erklären, der Zusammenbruch der deutschen kommunistischen Partei beweise, daß die Politik der Kommunistischen Internationale unrichtig war.

Die Byrd-Expedition in Seenot.

Newyork, 28. Dezember. (Tel.-Komp.) Einer drachtlosen Meldung vom Dampfer „Jakob Kuppert“ ist zu entnehmen, daß sich die arktische Aktion des Admirals Byrd in höchster Gefahr befindet. In den Brennstoffbehälter des Schiffes sind große Wassermassen eingedrungen, die die Feuer der Kessel zum Verlöschen brachten. Das Schiff hat überdies mit einer sehr schweren See zu kämpfen. Da es infolge des Versagens der Maschinen manövrierunfähig ist, erscheint es fast unmöglich, den riesigen Eisbergen aus dem Wege zu gehen, die sich dem Fahrzeug in einer Entfernung von 300 Meter entgegenstellen.

Die Besatzung des Schiffes arbeitet, wie der Kommandant in seiner drachtlosen Meldung mitteilt, fieberhaft an der Beseitigung der Störungen, während auf der Kommando-Brücke alles versucht wird, um einen Zusammenstoß mit den Eisbergen zu vermeiden.

Ein Kriegsminister des Weltkrieges gestorben.

Mittwoch nacht ist in Wien der einstige Kriegsminister Feldmarschall Alexander Probatin gestorben. Probatin, ein Offizierssohn, wurde im Jahre 1849 in Olmütz geboren. Er widmete sich dem Offiziersberuf und wirkte zwanzig Jahre lang im Kriegsministerium. Sein besonderes Interessengebiet war die Artillerie. Im Jahre 1912 wurde er zum Kriegsminister ernannt und bekleidete diese Stelle auch während des Weltkrieges. Im Jahre 1917 trat er zurück und wurde mit einem Armeekommando an der italienischen Front bearbeit. Nach Kriegsende hat man nichts mehr von ihm gehört.

Auflösung einer Gemeindevertretung. Die niederösterreichische Landesregierung hat die Gemeindevertretung in Thauritz in politischen Bezirk Gmünd aufgelöst. Zum Gemeindevorstand wurde ein christlichsozialer Gemeinderat bestellt.

Fräulein im Sport

KORPERLICH GEMÜTLICH



Für Sport im Schnee

Die selbstangefertigte Skidreß



72500



72501

72502

72503

Der schönste Sport erhält für uns Frauen erst dann den richtigen Reiz, wenn die „Dreß“ dazu süßgerecht und feich ist. Zweckmäßigkeit allein, die für jeden sportlichen Anzug oberstes Gesetz sein muß, tut es noch lange nicht. Denn außer zweckmäßig wollen wir auch noch hübsch angezogen sein und gefallen. Die Ansprüche, die wir an einen Anzug für den Winter sport stellen, sind daher groß: Er muß vor allem volle Bewegungsfreiheit gewähren, vor Kälte und Nässe schützen und dabei doch flott und modern aussehen. Wesentliche

Voraussetzungen für diese Anforderungen sind also wieder Stoff und — wenn wir uns unseren Skianzug selbst anfertigen — ein guter Schnitt. Die durch unseren Schnittmusterbetrieb erhältlichen Schnitte sind erprobt, garantieren tadellosen Sitz und sind deshalb sehr empfehlenswert. Wichtig ist auch

Die Schnitte sind in den angegebenen Größen zum Preise von je S 210 erhältlich. Der schriftlichen Bestellung, die an die Adresse: Schnittmustertrieb, Wien I, Trattnerhofgasse Nr. 2, zu richten ist, ist der obgenannte Betrag in Briefmarken beizulegen.

die Farbauswahl. Am schönsten ist der Skianzug in Marineblau, Schwarz oder Braun. Dazu stimmt man die Bluse, den Schal, Mütze, Handschuhe und Socken ab, die man nach wie vor bunt und farbig wählt. Rotweiß oder ein leuchtendes Blau sieht zu einem Marineanzug ganz entzückend aus, lebhaft grüne Lüne, Gelb und Orange stehen gut zu einem einfarbigen Braun und alle frischen Farben passen zu dem neutralen Schwarz.

Das man eventuell auch aus einem alten Herrenanzug einen feinen Skianzug herstellen kann, zeigt unser Modell Nr. 72500 mit der dreiviertel langen Hose. Die gut angelegte Schulterpartie ist zum Bedecken von Nähten, die durch „Stüdeln“ entstehen, wie geschaffen. Die kleinen, bei den Ärmeln angebrachten Epauletten geben dem Ganzen ein apartes, flottes Aussehen. Die Bluse wird durch einen Reißverschluß geschlossen. Der Schnitt ist in der Größe 0 und 3 erhältlich. Stoffverbrauch für Größe 3 etwa 285 Meter, 140 Zentimeter breit.

Die feine, sportliche Bluse des Bildes Nr. 72501 hat den modernen seitlichen Verschluß und Taschengarnierung und ist sehr gut als Kostümbhuse auch in der Stadt zu tragen. Man fertigt sie aus kariertem Jersey an und wählt dazu einen dunklen, einfarbigen Stoff. Der Schnitt für die Bluse und den Rock ist in den Größen 0 und 3 erhältlich. Stoffverbrauch für Größe 0 zur Bluse etwa 210 Meter, 70 Zentimeter breit; zum Rock etwa 190 Meter, 130 Zentimeter breit.

Ein Beispiel, wie gut ein zweifarbig gearbeiteter Skianzug wirkt, zeigt die Zeichnung Nr. 72502. Dieses Modell ist besonders für jugendliche, schlankere Figuren gedacht. Die kurze Jacke soll in Dunkelbraun gehalten sein und wird sich in dieser Farbe auch im Frühjahr und Sommer für sportliche Zwecke gut eignen. Abgestimmt zur Jacke wird man den Stoff zur Knickerbockhose in Beige wählen. Der Schnitt ist in der Größe 1 und 3 erhältlich. Stoffverbrauch für Größe 1 zur Jacke etwa 140 Meter, zur Hose etwa 160 Meter, je 140 Zentimeter breit.

Auch der Skianzug Nr. 72503 ist zweifarbig. Das lange dunkle Kleid hat den Schnitt einer Korwegerhose, die sich unter den Skifahrerinnen nach wie vor größter Beliebtheit erfreut. Neu und eigenartig ist die leichter getonte Bluse, die einen bunten, handgezeichneten Kragen und einen ebensolchen Blusenabschluß hat. Interessant ist auch der Verschluß und die aufgesteppten Taschen. Der Schnitt ist in den Größen 2 und 4 erhältlich. Stoffverbrauch für Größe 4 zum Kleid etwa 215 Meter, zur Bluse etwa 130 Meter, je 140 Zentimeter breit.

Alle vier Modelle sind praktisch und bequem, und in jedem wird man zum Winter sport „richtig“ und gut angezogen sein.

Frauenherrschaft im Altertum.

Man redet jetzt viel von „Vaterland“ und vaterländischer Gesinnung. Wer weiß davon, daß der gleiche Begriff früher einmal „Mutterland“ hieß und es damals in mancher Hinsicht besser war als heute?

Unter dem Begriff „Mutterrecht“ versteht man jene vorgeschichtliche Epoche, in der im absonderlichen Gegensatz zu allen späteren Kulturformen, im Verhältnis der Geschlechter, die Frau die erste Stellung einnahm. Es war ihre Eigenschaft als Mutter, die sie in den Mittelpunkt des Daseins stellte als Folge einer noch ganz und gar naturgebundenen Religion, die aus Geburt und Tod, Werden und Vergehen und dem Gang der Gestirne ihre tiefsten Impulse schöpfte. Der gebärende Mutterstolz war der heiligen fruchtbarsten Erde gleichgestellt. Die Frau erschien als Sinnbild der schaffenden Urkraft, als Nährerin und Erhalterin der Lebensflamme und daher als Stellvertreterin der Göttin Erde, Demeter, deren heiliges Symbol, die Kornähre, zugleich das Zepter weiblicher Herrschaft war. Und da Kult und Natur, wie schon aus dem gemeinsamen Wortstamm ersichtlich, aus engste zusammenhängen und wechselseitig bedingt sind, so kristallisierte sich auch die Gesellschaftsordnung mit ihren rechtlichen und sozialen Formen um den weiblichen mütterlichen Pol. Die Frau übte nicht nur das höchste Priesteramt aus, sondern besaß auch als Königin, als Richterin und Streitschlichterin entscheidenden Einfluß im Rat der Gemeinschaft. Als Hannibal sein Bündnis mit den Galliern gegen Rom abschloß, legte er das Schiedsrichteramt bei Streitigkeiten in die Hände der gallischen Matronen. Das Wort der Frau gab den Ausschlag über Krieg und Frieden, ein Vorrecht, das sich als Folge des Mutterrechtes noch bei den Hellenen im Gestalt der Pythia erhielt, deren Orakel entscheidende Bedeutung besaß. Wie groß das Ansehen war, das auch bei den Germanen die Frau genoss, hebt Tacitus in seiner „Germania“ vielfach hervor; Diodor, ein Zeitgenosse Cäsars, entwirft sich über die „Weiberrechte“ am Nil, die den Frauen selbst die Verwaltung des Vermögens einräumten. Als „Sohn der Mutter“, welcher

der Mann in der mütterlichen Familienordnung bis an sein Lebensende blieb, war es ihm natürlich, alles Gute aus der Hand der Frau zu empfangen. Das Heimatland hieß da noch Mutterland, die Mutter, nicht der Vater, gab den Kindern ihren Namen und Rang, und das Erbe verblieb allein in der weiblichen Linie. Denn die Frucht des mütterlichen Schoßes ist unmittelbares Glied in der Kette, Mutterrecht eine stoffliche Tatsache. Die Anerkennung der Vaterherrschaft dagegen, auf einer unsstofflichen Fiktion beruhend und daher eine moralische und geistige Einsicht voraussetzend, blieb einer späteren Entwicklungsstufe der Menschheit vorbehalten, wie sie sich im klassischen Altertum der Griechen und Römer darstellt, das zugleich auch die Grundlagen für unsere heutige, vom Mann her bestimmte, vom geistigen Vatergedanken getragene Zivilisation abgeben hat.

Ohne die vorübergehende, über Jahrtausende sich erstreckende Mutterherrschaft wäre indessen dieser Aufschwung des Menschengeschlechtes in der Antike nicht möglich gewesen, da, wie in dem natürlichen Verhältnis zwischen Mutter und Kind, im Kindesalter der Menschheit dem mütterlichen Prinzip die Aufgabe zufiel, aus Triebhaftigkeit und Hemmungslosigkeit zu Sitte und Ordnung zu erziehen. In der Nacht unserer barbarischen menschlichen Vorgeschichte ging die Mutterliebe als erster heller Stern auf, dieses große, geheimnisvolle, allmächtige Gefühl, das als ursprüngliches durch die Schöpfung geht, und von dem alle Tugend, alle Selbsterleugnung, die Überwindung des Ich zugunsten des Du und damit alle soziale Gestaltung ihren Anfang nimmt.

Zucht und Ordnung, Abneigung gegen Anfeinden und Kriege, geschwisterlicher Gemeinschaftsinn — das sind die großen Vorzüge, die der Zeit des Mutterrechtes nachgerühmt werden, und mit denen sie sich vor späteren Zeiten auszeichnet.

Es war die starke seelische Kraft, die das Muttertum ausstrahlte, verbunden mit den Ergebnissen einer naturerzogenen, das schöpferische Muttertum glorifizierenden Religion, was den physisch stärkeren Mann der weiblichen Souveränität unterwarf. Sicherlich vollzog sich diese männliche Unterwerfung nur in langen Zeiträumen und nicht wider-

standslos, wie die verbürgte Erscheinung kriegerischer Amazonenheere beweist, die als weiblicher Aufstand gegen die rohe Gewalt und Willkür des Mannes zu betrachten ist und den mütterlichen Zuständen allgemein vorangeht.

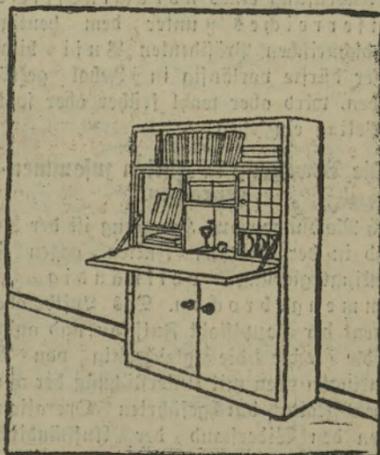
Wie schon angedeutet, war die Kornähre das heilige Symbol der Erdmutter und zugleich das Zepter weiblicher Macht. Es hieß aber die Symbolgebung einer naturverbundenen Zeit aus allen Zusammenhängen reißen, wollte man sie ohne ihre materiellen Bindungen verstehen. Der Ackerbau, der dem weiblich-mütterlichen Gang nach Seghaftigkeit entsprach, ruhte ausschließlich in den Händen der Frau. Mit der zunehmenden Bedeutung der Feldfrucht für die menschliche Ernährung ist denn auch die Erklärung für die zunehmende Macht des Frauentums eindeutig abgerundet, und es

wird verständlich, warum vorzüglich bei ackerbautreibenden Völkern das Mutterrecht seine höchste Blüte erlebte.

Der Untergang des Mutterrechtes, der für Europa durch den römischen Staatsgedanken als einer rein männlichen Geistes schöpfung besiegelt wurde, mag einerseits in der einseitigen Übersteigerung der Frauenherrschaft, dem Mißbrauch ihrer Macht, mit anschließender Entartung ihres Geschlechtes begründet sein, andererseits mit der fortwährenden Zivilisation, die den Ackerbau in gewisser Beziehung überholte, und dem Mann mit dem Besitz der wichtigsten Produktionsmittel, der Waffen, Handwerkzeuge und Geräte auch zugleich die wichtigsten Machtmittel in die Hand gab und einer neuen männlich-geistigen Lebensauffassung zum Siege verhalf.

Der Schreibschrank

Der große „Diplomaten“-Schreibtisch ist nur in einigen Haushalten, in denen der Mann zu



auseinen geistigen Beruf ausübt, oder die Frau aus dem einen oder anderen Grunde eine umfangreichere Tätigkeit entwickelt, unentbehrlich. Für die kleinen Schreibarbeiten, die im allgemeinen der Mann oder die Frau im Haus

ausüben, genügt der zierliche Schreibschrank, so genannt, weil er mit geschlossener Schreibplatte einem Schranke wirklich sehr ähnlich sieht. Hinter der Schreibplatte befinden sich mehrere schmale und breitere Fächer, in die man übersichtlich Papiere, Briefschaften, kleine Kontobücher für den Haushalt, Notizzettel einordnen kann. Ein noch besonders verlässliches Fach für die Kasse ist auch vorhanden. Darüber befindet sich ein langes Fach zur Aufnahme einiger Bücher, die man täglich griffbereit haben möchte. Im Teile unterhalb der Schreibplatte lassen sich größere Dinge, möglichst solche, die einen Zusammenhang mit Schreibarbeit haben, und nicht Porzellan oder Dedeln, unterbringen. Bei so großer Nützlichkeit haben die kleinen Schreibschränke, auch Sekretäre genannt, noch den großen Vorteil, so schmal und raumsparend zu sein, daß sie auch zum Beispiel im „halben“ Zimmer aufgestellt werden können. Der kleine, kunstvoll gearbeitete oder aus Edelholz gearbeitete Schreibschrank ist der besondere Liebling der besonnenen, ordnungsliebenden Hausfrau.

Oh, Der kleine Max, dessen Eltern im Schreibungsprozess stehen, wird gefragt, ob sein Lehrer verheiratet sei. Nach kurzem Nachdenken sagt er: „Nein, der ist nicht verheiratet! Der ist den ganzen Tag lustig und fidel!“

So ist das Leben

Nachrichten aus Niederösterreich

Riefenlawine im Höllental

Die Schneefälle in den Tagen vor den Feiertagen, verbunden mit dem folgenden großen Tauwetter, haben im Höllental zu einer Lawinentastrophe geführt, die die Gemeinde Schwarzau im Gebirge von jedem Verkehr vollkommen hermetisch abgeschlossen hat und die Straße auf 12 Kilometer verschüttete. Am vergangen Samstag waren sowohl von der Marz wie von der Schneebergseite her im Höllental große Lawinen niedergegangen. Die Höllentalstraße wurde von den Schneemassen buchstäblich überflutet. Die Schneemauern waren viele Meter hoch.

Es ist nur als Wunder zu bezeichnen, daß am Samstag auf der verhältnismäßig stark belebten Straße gerade um die kritische Zeit kein Verkehr herrschte, so daß die Lawinen keinen Schaden an Menschenleben verursachen konnten. Die Schneemassen, die mit donnerartigem Gepolter von den Bergwänden stürzten, rissen Baumstämme, Telegraphensäulen, die Geländer der Straßenfassung mit sich und begruben alles in einer weißen Masse.

Die Lawinengefahr war so groß, daß man Sonntag noch nicht mit der Freimachung der Straße beginnen konnte. Erst am Weihnachtsabend wurden 100 Mann des in Wiener Neustadt stationierten Infanterieregiments Nr. 1 mit Lastwagen nach Siriswang gebracht, um die Straße freizumachen.

Die Bewohner von Schwarzau im Gebirge wurden durch den Rundsunk verstimmt, daß das Bundesheer an der Freilegung der Straße arbeite und gleichzeitig aufgefordert, von der zweiten Seite her den Versuch zu unternehmen, eine Schlittenbahn zu machen.

Auch den ganzen Montag waren Bundesheer und zivile Arbeitskräfte am Werke, doch mußten die Arbeiten wiederholt unterbrochen werden, da neuerliche Lawinengefahr drohte. Bis Mitternacht gelang es die Straße nach Kaiserbrunn fahrbar zu machen. Erst in den folgenden Tagen konnten die unermüdeten Bemühungen der Arbeitenden weitere Erfolge verzeichnen.

Grauenhafter Fund

Zwischen den Bahnschienen bei Amstetten fand man zwei abgetrennte Füße und zwanzig Kilometer davon entfernt, bei Blindenmarkt, den Oberkörper eines jungen Mannes. An den Nädern des Waggons eines D-Zuges, der am Wiener Westbahnhof angekommen war, wurden Blutspuren und Gehirnteile bemerkt, die mit den aufgefundenen Leichenteilen offenbar im Zusammenhang stehen. Später fand man nächst Waidhofen an der Ybbs an der Stelle wo der Mann überfahren worden war, seinen Rod und konnte die Identität des Verunglückten feststellen. In der Nähe wurden zwischen den Schienen auch seine Hände und ein Teil der Schädeldecke gefunden. Der auf so schreckliche Weise ums Leben gekommene junge Mann ist der 17-jährige Wäckerling Anton Berger, der zuletzt in Kematen gewohnt hat.

Sie ging ins Wasser, er ging weiter.

Im Juni dieses Jahres wurde die Leiche der Feder schmückerin Theresie Glabac aus dem Biegelteich in Inzersdorf gezogen. Die Obduktion ergab, daß das Mädchen schwanger war. Ihr Bräutigam, der 23-jährige Schlossergehilfe Karl Ullersperger, wurde unter Mordverdacht verhaftet. Der Verdacht stützte sich auf die Tatsache, daß Ullersperger verschiedene Habseligkeiten verkauft hatte, die seine Braut am letzten Tage getragen hatte. Der Verhaftete leugnete die Mordschuld, gab jedoch zu, gewußt zu haben, daß seine Braut die Absicht hatte, Selbstmord zu begehen. Sie wollten heiraten, waren aber beide arbeitslos und konnten keinen Haushalt gründen. Darüber fühlte sich das Mädchen unglücklich. Als sie gar noch schwanger wurde, stieg ihre Verzweiflung bis zum Lebensüberdruß. Sie sprach vom gemeinsamen Tod, er ging zum Schein darauf ein, aber — wie er sagt — nur um Zeit zu gewinnen und ihr den Plan schließlich auszureden. Als beide beim Teich vorbeikamen, gab das Mädchen ihrem Bräutigam ihren Mantel und ihre Handtasche und sagte ihm, er möge die Gegenstände verkaufen und sich davon einen guten Tag machen; sie gehe jetzt ins Wasser. Sie verabschiedeten sich mit einem Kuß, dann drehte er sich um und ging davon, ohne sich noch einmal umzudrehen. Sie aber ging ins Wasser, immer tiefer — bis sie versank.

Auf Grund dieses Tatbestandes klagte die Staatsanwaltschaft den Ullersperger wegen Vergehens gegen die Sicher-

Gehentt oder ermordet ist gleich

wenn der Tote auf Ableben im Falle durch Unfall oder eines sonstigen Ereignisses versichert war, wie aus folgendem Fall zu entnehmen ist:

Vor einigen Monaten erhielt eine Budapester Versicherungsgesellschaft folgende merkwürdige Zuschrift:

„Ich mache Ihnen einen Vorschlag, den Sie in Ihrem eigenen Interesse annehmen müssen. Ich, Michael Detenyi, bin bei Ihnen mit 100.000 Pengö auf Ableben versichert. Im Falle des Todes durch Unfall oder eines sonstigen Ereignisses auf 200.000 Pengö. Ich gleiche mich mit Ihnen aus. Ich brauche 50.000 Pengö. Sollten Sie mir das Geld nicht schicken, werden Sie eine unangenehme Überraschung erleben, die Sie 400.000 bis 500.000 Pengö kosten wird, da ich dann aus dem Leben scheide. Beziehen Sie sich aber mit der Antwort, denn es könnte sonst passieren, daß mich der Briefträger nur mehr als Leiche findet.“

Die Versicherungsgesellschaft stellte Erhebungen an, wobei herauskam, daß Detenyi ein sehr lebenslustiger Herr sei, der keinen Grund habe, Selbstmord zu verüben. Die Versicherungsgesellschaft lehnte also den Vergleich ab und rügte mit dem Geld nicht heraus.

Detenyi wandte sich nun in seiner Bedrängnis an einen Freund mit der Bitte um Geld. Dieser wies ihn ab, worauf Detenyi

seinen Freund erschlug. Deswegen wurde Detenyi vor Gericht gestellt, zum Tode verurteilt und auch gehängt.

Detenyis Erben strengten nun einen Prozeß gegen die Versicherungsgesellschaft an. Ihr Rechtsanwalt erklärte, daß die Versicherungsgesellschaft so viel auszahlen müsse wie bei Tod durch Unfall oder wenn Detenyi ermordet worden wäre, denn aufgehängt zu werden, ist soviel wie ermordet zu werden. Der Richter sprach denn auch den Angehörigen des gehängten Detenyi 200.000 Pengö zu.

Damit war aber die Angelegenheit noch nicht erledigt. Der Ermordete (Freund des Detenyi, von diesem ermordet) war ebenfalls bei der gleichen Versicherungsgesellschaft versichert, und zwar im Falle des natürlichen Todes auf 200.000 Pengö, bei Mord auf 400.000 Pengö. Auch die Erben des Ermordeten strengten gegen die Versicherungsgesellschaft einen Prozeß an, und das Gericht sprach ihnen auch im Sinne des Versicherungsvertrages 400.000 Pengö zu. Nun mußte die Versicherungsgesellschaft, da sie den Vergleich auf 50.000 Pengö nicht einging, 600.000 Pengö und noch dazu die nicht geringen Prozeßkosten bezahlen. Aberdies kostete die Sache zwei Menschenleben. Allerdings: Es gibt lachende Erben.

heit des Lebens an, weil er, der ein guter Schwimmer ist, zur Rettung der Lebensnerven nichts unternommen hat. Vor dem Schöffensrat des Landesgerichtes Wien II erklärte Ullersperger, daß er die Selbstmordabsicht nicht ernst genommen habe, eine andere Schuld treffe ihn nicht. Der Gerichtshof fällt einen Freispruch. In der Begründung jagte der Vorsitzende, daß die Handlungsweise des Angeklagten wohl eine schwere Verletzung einer moralischen Pflicht bedeute, aber nicht als eine strafbare Handlung angesehen werden könne. Das Strafgericht wies da eine Lücke auf. Der Staatsanwalt meldete die Nichtigkeitsbeschwerde an.

Ein noch glimpflich verlaufener Unfall ereignete sich bei der Überführung der Wien-Badner Elektrischen nächst den Gröbshäusern. Ein stark besetzter Personenzug rollte gegen Bösendorf. Der Motorführer bemerkte ein mit langen Golzbalken beladenes Fuhrwerk auf dem Geleise, so spät, daß er nicht mehr rechtzeitig die Bremsen anziehen konnte. Der Zusammenstoß erfolgte. Die langen Golzbalken flogen nach allen Richtungen, der Wagen wurde weggeschleudert. Die Pferde

hatten sich mit der Deichsel losgerissen, wurden aber doch noch vom Zug erfasst. Man mußte glauben, Rutscher und Pferde seien tot. Doch weder dem Rutscher noch den Pferden war etwas geschehen. Ubel ausgerichtet wurde der Waggon der Elektrischen: die Fenster zertrümmert, die Trittbretter verbogen, die Bordwand eingedrückt. Personen wurden nicht verletzt. Es gab eine mehrstündige Verkehrsstörung, sonst ist der Unfall glimpflich abgelaufen.

Den Bahnkörper als Fußweg benützt

hat der 54-jährige Spenglergehilfe Karl Langer aus Wiener Neudorf. Da die Straße vom Säyne stark verweht war, ging er längs dem Geleise der Lagenburger Bahn. Ein Zug kam daher, stieß Langer nieder und schleifte ihn hundert Meter weit mit sich fort. Als man den Verunglückten aufwand, lag er im Sterben. Der herbeigerufene Arzt konnte nur mehr den Eintritt des Todes feststellen.

Ein von Reue gequälter Raubmörder.

In der Christnacht 1930 wurde der Fischhändler Franz Frömmel aus Böslau auf der Heimfahrt von Berndorf durch

Rebolverbüchse getötet und seiner Burschenschaft von etwa 500 Schilling beraubt. Der Täter konnte bisher nicht ausgeforscht werden. Aber ein offenbar von Reue Gequälter, der sich als Mörder des Fischhändlers bezeichnete, hat am 22. Dezember 1932 der Witwe des Ermordeten im Wege der Böslauer Gendarmerie 123 Schilling, im April dieses Jahres 20 Schilling und jetzt im Wege einer Wiener Tageszeitung 37 Schilling geschickt. Nun erhielt der Gendarmerieposten Böslau ein am 20. Dezember in Wien aufgegebenes Schreiben von der nämlichen Hand, in dem der Schreiber wiederholt, daß er der Witwe 37 Schilling gesendet hat und bittet, ihr das Geld am Heiligen Abend um 7 Uhr unter den Christbaum zu legen. Jetzt habe er — schreibt der reuige Mörder — der Witwe Frömmel im ganzen 180 Schilling geschickt. „Ich weiß heute noch nicht bestimmt, ob ich der Frau Frömmel das ganze Geld werde schicken können, weil, wenn es mir noch länger so schlecht gehen wird und nicht etwas Günstiges dazwischenkommt, ich mir noch das Leben nehmen werde. Dann gebe ich Ihnen noch vorher vielleicht restlose Aufklärung. Hochachtungsvoll: Ungenannt.“ Die Schrift ist die nämliche wie auf den vorhergehenden Briefen, die mit den ungewöhnlichen Geldsendungen verbunden waren.

Das Wichtigste vom Arbeitersport.

Terminkalender für die Wintersport Saison.

31. Dezember 1933: Eröffnungsspringen in Gadersdorf. — 1. Jänner 1934: Eröffnungsspringen in Wien. — 14. Jänner 1934: Wettspringen in Gadersdorf. — 14. Jänner 1934: Wettspringen in Wilhelmsburg.

28. Jänner 1934: Meisterschaft des Bezirkes Wiener Neustadt der Turner am Schneeberg. Zur Austragung gelangen Langläufe, Abfahrtsläufe und Slalom für alle Gruppen. — 28. Jänner 1934: Sprunglauf in Ternitz. — 28. Jänner 1934: Sprunglauf in Gadersdorf. — 4. Februar 1934: Internationale Sprunglaufturnier am Kobenzl. — 18. Februar 1934: Wettspringen in Gadersdorf. — 18. Februar 1934: Wettspringen in Wilhelmsburg. — 4. März 1934: Schlussspringen in Traisfen. — 4. März 1934: Schlussspringen in Wien. — 11. März 1934: Abfahrtslauf und Slalom des Touristenvereines „Die Naturfreunde“ und des Arbeitertums und Sportbundes am Schneeberg. — 21. Jänner 1934: Gaumeisterschaftsspringen in Ternitz des Touristenvereines „Die Naturfreunde“, Gau Wiener Neustadt. — 18. Februar 1934: Springen um die Stimeisterschaft von Semmering. Veranstalter: Touristenverein „Die Naturfreunde“, Gau Wiener Neustadt. — 18. Februar 1934: Treffen und Gruppenfahrten in Mauer für Kinder. Veranstalter: Wiener Arbeitertum- und Sportverein.

RÄTSELECKE

Lösung des Kreuzworträtsels Nr. 5.
Waagrecht: 1. Kanne. 7. Rinnsal. 13. Abo. 14. Donner. 16. Ara. 17. Bett. 19. Elack. 20. Mued. 21. Er. 22. H. m. 24. Ehe. 25. Ha. 26. Se. 27. Bein. 29. Solo. 31. Lianen. 32. Gerade. 34. Ster. 36. Aare. 38. Ar. 40. En. 41. Mai. 43. Z. J. 44. M. E. 45. Tuer. 47. Paris. 49. Ahoi. 51. Ete. 52. Hoerner. 54. Eos. 55. Renner. 56. Dentist.

Senkrecht: 1. Kabel. 2. Aber. 3. Not. 4. I. D. 5. Noe. 6. Ente. 7. Reze. 8. Ire. 9. N. N. 10. Sau. 11. Ares. 12. Laden. 15. Naht. 18. Theater. 20. Malaria. 23. Minen. 25. Horaz. 27. Bis. 28. Ner. 29. Sea. 30. Ode. 33. Kater. 35. Narr. 37. Geist. 39. Rute. 41. Maer. 42. Lind. 44. Moos. 46. Een. 47. Poe. 48. Sec. 50. Hel. 52. Hi. 53. R. n.

Kreuzworträtsel Nr. 6.

1	S	O	D	A	4	L	A	E	7	S	E	8	B	9	L	E	11
12	T	H	E	13	L	14	15	16	17	R	E	18	19	20	21	22	23
17	A	R	18	E	H	19	20	21	22	23	24	S	25	26	27	28	29
26	M	27	A	R	28	E	M	E	29	30	R	31	E	32	33	34	35
36	E	37	I	S	B	A	R	38	39	N	E	40	41	42	43	44	45
44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61
54	N	A	M	E	55	A	N	R	U	F	56	E	S	E	L	57	58

Waagrecht: 1. Waschmittel. 4. Ungezieser. 8. Metall. 12. Englischer Artikel. 14. Löwe. poetisch. 16. Zelfänder. 17. Feldmaß. 18. Distrete Mitteilung. 21. Vorwort. 23. Italienische Musiknote. 24. Spielkarte. 26. Frauennamen (Dietrich). 30. Zeughaus. 33. Stadt an der Thaja. 34. Apothekerware. 35. Seil. 36. Artfisches Raubtier. 38. Beginn. 41. Auerod. 43. Chemisches Zeichen für Tantal. 44. Summa, abgekürzt. 46. Mundfunkgebäude. 49. Naturkraft. 50. Zahl. 52. Feldmaß, Wechzahl. 53. Abfchiedsgruß. 54. Zeichnung. 55. Ferngespräch. 56. Rastier.

Senkrecht: 1. Teil des Baumes. 2. Sinnesorgan. 3. Von, französisch. 5. Bierforte. 6. Mißgunst. 7. Vorwort mit Artikel. 9. Japanisches Wechmaß. 10. Papagei. 11. Niederschlag. 13. Ernte. 15. Kleiderkasten. 19. Stören, aufhalten. 20. Fluß in der Herzegovina. 22. Die, plump. 25. Junge. 27. Türkischer Männernamen. 28. Ferment des Kindermagens. 29. Berg in Graubünden. 30. Türkischer Befehlshaber. 31. Quadrifigur. 32. Star, poetisch. 36. Metall. 37. Erfinder des Gasglühlichtes. 39. Körperbedeckung. 40. Maßgerät. 42. Gebieter. 45. Stadt im Oberriß.

47. Sohn Jakobs. 48. Tierfutter. 49. Gebichtart. 51. Rejmeter, abgekürzt. 53. Chemisches Zeichen für Urfen.

Pyramidenrätsel.

1. O
2. O O
3. O O O
4. O O O O
5. O O O O O
6. O O O O O O
7. O O O O O O O
8. O O O O O O O O
9. O O O O O O O O O
CCCCCCCC, EEEEEEE, HHHH
HHHH, IIIIIII, N, RRR,
SSSSSS, TTTTT.

Durch Zufügung eines Buchstabens und Umstellung der bereits vorhandenen sind immer neue Wörter zu bilden. Zum Beispiel: SCHEIN — SCHIENE.)

1. Selbstlaut, 2. Ausruf, 3. Persönliches Fürwort, 4. Sportgerät, 5. Möbelstück, 6. Holzstück, 7. Linien, Geraden, 8. Lausbübereien, Späße; auch Fiebe, 9. Witzlingen, an Widerstand zugrunde gehen.

Verwandlungsrätsel.

Bersten, Streich, Siam, Kram, Linie, Stoeren, Stearin, Schein, Bergan.

Die obigen Wörter sind durch Umstellung ihrer Buchstaben in andere Wörter zu verwandeln. (Zum Beispiel: Ziehen — heizen.) Die Anfangsbuchstaben der neugefundenen Wörter ergeben einen niederösterreichischen Höhenkurort.

Umstellrätsel.

RUTEN, THRENUD, SCHEITERN, ELNALF, HUCA, EDI, ERSTKASTEN, CIHENE.

Obige, scheinbar sinnlose Zeichen, erhalten ihren Sinn, wenn Sie die einzelnen Wörter genauer betrachten und deren Buchstaben in richtiger Weise umstellen. Es entstehen dann sinnvolle Wörter, die zusammen ein bekanntes Sprichwort ergeben.

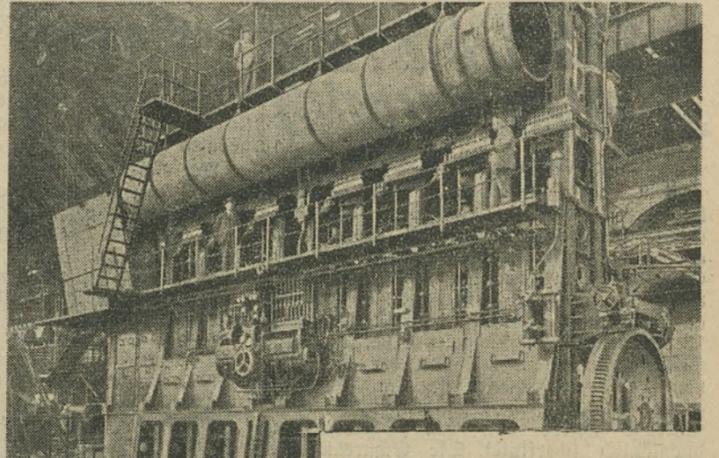
Die aktuellsten Bilder der Woche



In Nordengland soll ein Seeungeheuer, angeblich eine Seeschlange aufgetaucht sein. Das hat den Hotels einen ungeheuren Fremdenzufluss gebracht. Unser Bild zeigt die Meeresbucht, wo das Ungeheuer leben soll.



Knud Rasmussen, der bekannte Polarforscher, ist gestorben. Rasmussen war als gebürtiger Grönländer für diesen Beruf besonders geeignet.



Ein Riesendieselmotor für Schiffsantrieb mit 6700 Pferdestärken. Er wiegt „nur“ 422 Tonnen.



Fischfang im Winter ist, wie unser Bild zeigt, keine sehr angenehme Sache. Allerdings soll der Fischfang auf diese Weise reichere Beute bringen.



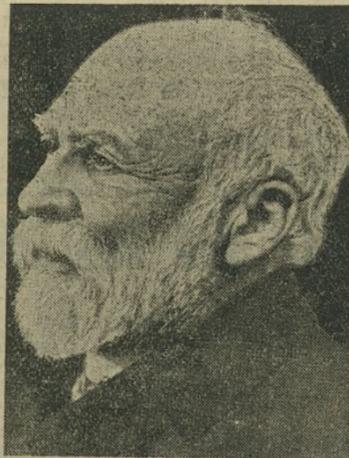
Wie weit wird er kommen? Zuschauer und Riebitze beim Skispringen.



Ein hundert Jahre altes Rätsel. Am 17. Dezember jährte sich zum hundertsten Male der Todestag des Findlings Kaspar Hauser, der an den Folgen eines Dolchstoßes starb. Es gibt kaum eine Figur der Weltgeschichte, die in ein solches Dunkel gehüllt wäre. Man weiß bis heute noch nicht, wessen Sohn der auf rätselhafte Weise Ermordete war.

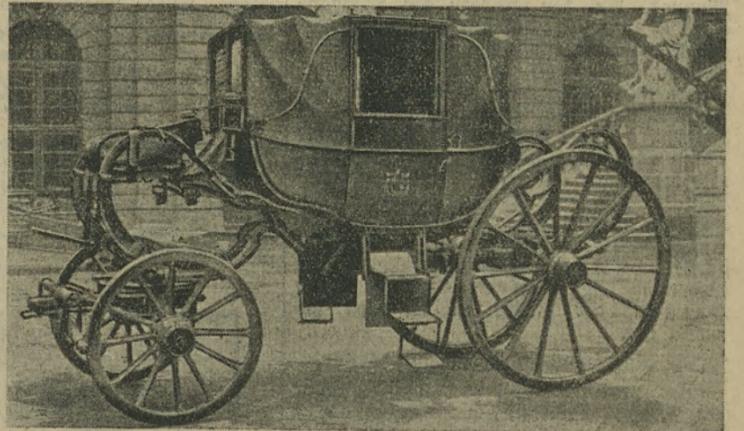


Ulrich Zwingli, der berühmte Reformator, wurde vor 450 Jahren, am 1. Jänner 1484, geboren. Er ist mit Luther und Calvin einer der Begründer der Reformation.



Hans Reihinger, der bedeutende deutsche Philosoph und Kantforscher ist 81 Jahre alt gestorben. Er war seit einigen Jahren erblindet.

Rechts: In diesem Wagen floh Napoleon nach der Schlacht bei Waterloo. Damals fiel er den Preußen in die Hände. Er ist jetzt in Berlin ausgestellt, zur Übung der Kriegsbegeisterung.



Links: Die Katastrophen des Jahres 1933. Eine Übersicht der folgenschwersten Ereignisse des vergangenen Jahres. Anfang Jänner geriet der französische Großdampfer „Atlantique“ in Kanal in Brand und brannte fast vollständig aus (oben links). In Berlin wurde das Reichstagsgebäude von Nazi in Brand gesetzt (oben in der Mitte). Ende März verunglückte das amerikanische Riesenschiff „Akron“ bei einer nächtlichen Sturmfahrt, die Besatzung bis auf vier Mann ins Wellengrab mitnehmend (oben rechts) die Vergung der Überreste). In Neunkirchen richtete die Explosion des Gasometers fürchterliche Verheerungen an und forderte 56 Tote (unten links). In der Hauptstadt von Kuba, Havanna, tobte fast das ganze Jahr hindurch blutiger Bürgerkrieg (unten rechts).



Vor 25 Jahren: Erdbeben in Messina. Am 28. Dezember des Jahres 1908 wurde ganz Unteritalien und Sizilien von einem furchtbaren Erdbeben heimgesucht, das unter anderem die Städte Messina und Reggio völlig vernichtete. Unser Bild hält die furchtbaren Verheerungen fest, die damals angerichtet wurden. Kaum ein Stein blieb auf dem anderen.

AM TAGDIENST- NACHTDIENST

16

Copyright by Amnesta Verlag, Wien-Leipzig.

Nun erst erfuhr Grete, was sie für eine verdorrene Person war. Sie drängte sich an Frau Mellers Bekannte heran, sie berührte, Herr Meller zu verführen, sie trieb sich in fraglichen Nachtlokalen herum, sie war tagsüber verfatert, weil sie die Nächte durchbummelte, sie war vollkommen unfähig zur Pflegerin und konnte sich nur in ihrem Beruf halten, weil sie für jeden, der sie haben wollte, zu haben war.

Grete antwortete nicht. Frau Meller führte sich auf, wie eine Irrsinnige. Irrsinnige widerspricht man nicht.

Grete hatte gar nicht gemerkt, wieviel Liebhaber sie gehabt hatte. Das erfuhr sie jetzt durch Frau Doris. Da waren einmal sämtliche Patienten im Lungenanatorium, die Angestellten, die Dienerschaft, der Verwalter, hier hielt sie es mit dem Direktor, dem Empfangschefs, den Portiers ...

Grete begann die Geduld zu reizen. Lange konnte sie das nicht mehr anhören.

„Und mit meinem Mann gehen Sie aus, wenn Sie glauben, ich schlafe. Da lassen Sie sich von Ihrem Liebhaber Briefe schreiben, daß ich zeitlich ins Bett muß, damit mein Mann Ihnen im Kasino Geld zusteden kann. Und ich darf nicht einmal ein anständiges Kleid bekommen ...“

Die Tür ging auf und Herr Meller trat ein. „Was ist denn los, warum schläfst du nicht?“ fragte er.

„Warum ich nicht schlafe? Weil ich dem Fräulein da meine Meinung sagte. Glaubst du, ich sehe mir ruhig mit an, wie du mich mit meiner Angestellten betrügst? Glaubst du, ich bekomme nicht endlich genug davon, daß du mit jedem Dienstboten herumziehst und ihr Geld zusteckst, ich weiß schon, was ich sage, voriges Jahr ...“

Meller schickte Grete mit einer Kopfbewegung aus dem Zimmer. Und Grete ging.

Sie lag noch nicht im Bett, da klopfte es an die Tür und der Zimmerkellner rief sein: „Mademoiselle, Madame Meller ...“, aber diesmal klang die Stimme erregt.

Grete lief die Stiegen hinunter, immer zwei Stufen auf einmal. Sie hatte ein schlechtes Gewissen. Frau Doris war so aufgeregt gewesen.

Frau Meller hatte einen Blutsturz. Einen richtiggehenden lebensgefährlichen Blutsturz. Sie sah auf einem Seffel, totenblaß, mit weit aufgerissenen Augen und aus ihrem Mund quoll helles, schäumendes Blut. Herr Meller stand daneben und wußte sich nicht zu helfen.

„Eis“, rief Grete. „Einen Eisbeutel. Und dann den Arzt. Aber gleich!“

Kellner rannten, Klingeln schrillten, Herr Meller sah aufgeregt hin und her. Frau Meller sah auf ihrem Stuhl und fürchtete sich.

Bis der Doktor kam, war die Blutung schon gestillt. Frau Meller lag im Bett. Sie war sehr blaß, noch immer voll Todesangst, und wagte nicht, sich zu rühren. Grete saß neben ihr und steckte ihr Eispillen in den Mund.

„Es ist ja ohnedies alles in Ordnung“, sagte der Arzt.

Dann hatte er eine ernste Besprechung mit Meller und Grete im Nebenzimmer. Er lehnte jede weitere Verantwortung ab, als er erfuhr, was es heute Abend gegeben habe. „Verzeihen Sie, aber wenn man sich vorstellt, daß eine Todeskandidatin ihren Mann und ihre Pflegerin gegen Mitternacht im Kasino ertappt, also, da muß man schon sagen, daß ist stark. So etwas ist mir noch nie untergekommen und ich muß sagen, ich bin schon lange genug an der Riviera.“

„Was sollen wir aber machen?“ fragte Meller kleinlaut.

„Sie sofort wieder in eine Heilanstalt geben. Das heißt, wenn sie transportfähig ist. Die Schwester muß jetzt für eine Zeit auf Tanzabende und Kasino verzichten und wirkliche Pflegerinnendienste machen. Ich schicke Ihnen morgen früh eine sehr verlässliche, alte Pflegerin, mit der können Sie sich dann den Dienst einteilen. Was Sie zu tun haben, Schwester, weisen Sie ohnedies. Ich möchte Ihnen raten, teilen Sie sich heute in die Nachtwache mit Herrn Meller.“

Raßt eine Woche lang Frau Doris im Bett und durfte sich nicht rühren. Der Arzt schickte die Pflegerin, die die Nachtwachen übernahm, dreizehn Stunden sah Grete an Frau Mellers Bett und plauderte oder las vor, wenn die Kranke nicht schlief. Sie wußte, wenn Frau Doris transportfähig war, kam sie sofort in eine Heilanstalt bei Nizza und sie, Grete, konnte ihre Koffer packen und nach Hause fahren.

Wenn sie an das Heimkommen dachte, so graute ihr. Was sollte sie zu Hause bekommen? Vielleicht konnte Dr. Meinede ihr eine Stelle verschaffen oder Dozent Bothmann. Bothmann hatte sie ja auch im Lungenanatorium untergebracht.

Am achten Tage kam das Krankenauto und führte Frau Doris davon. Herr Meller übersiedelte nach Nizza, und Grete mußte heim.

Körning gab ihr zum Abschied einen kleinen Koffer mit Proviant.

„Ich komme in etwa drei Wochen heim“, sagte er. „Bitte, rufen Sie mich an, ich möchte Sie nicht aus den Augen verlieren.“

„Sicher“, versprach Grete und fuhr los, nach Hause.

12.

Arbeitslos.

Da war der Bahnhof, da waren die Menschen von zu Hause, die Gepäckträger verstanden Grete auf das erste Wort, die Luft, die Treppe, die Straße, alles sagte guten Tag, alles war zu Hause.

Grete stellte ihr Gepäck im Bahnhof ab und trat auf die Straße. Es war zehn Uhr vormittags, die Menschen liefen vorbei, die Straßenbahnen klingelten, die Autos hupen. Sie hätte gern gesagt: „Guten Tag, ich bin wieder da.“ Aber niemand nahm von ihr Notiz.



„Ah, Schwester Grete. Was verschafft mir das Vergnügen?“

Grete ging in eine Telephonzelle und rief das Krankenhaus an. Dr. Meinede war seit ein Paar Wochen nicht mehr da, das wußte sie, aber sie wollte Dozent Bothmann sprechen.

„Der Herr Dozent macht Visite, rufen Sie ihn in einer Stunde an.“

Das hätte sie wissen können. Sie suchte aus dem Telefonbuch die Firma, in der Georg Wende angestellt war.

„Ach, Grete, das ist aber nett. Seien Sie nicht böse, ich habe die Woche wirklich keine Zeit. Wenn Sie so liebenswürdig wären, nächste Woche anzurufen, dann mache ich mir einen Abend frei ...“

Das hätte ich mir auch denken können, dachte Grete. Sie drehte gedankenlos an der Wählscheibe und stellte eine Nummer ein, ohne zu denken. Am anderen Ende ging ein Signal und dann meldete sich eine tiefe Männerstimme: „Polizeikaserne.“

Nun wußte Grete, was sie wollte. „Kann ich Herrn Siebert sprechen?“

„Wie ist der Name?“

„Fritz Siebert.“

„Nicht mehr bei uns.“

„Wo ist er jetzt?“

„Kauschgiftzentrale.“

„Können Sie mir seine Adresse sagen?“

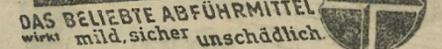
„Das ist leider verboten.“

„Ja, wie kann ich ihn denn dann erreichen?“ fragte Grete verzweifelt.

Die Stimme am anderen Ende wurde sanfter. „Na, so schreiben Sie ihm einen Brief her, Fräuleinchen, wir senden die Briefe natürlich nach. Und wenn er Ihnen dann seine Adresse geben will, ist das seine Sache.“

Grete überlegte. Was sollte sie machen?

„Kann ich ihm ausrichten, wer angerufen hat?“ fragte der Mann mit der tiefen Stimme sehr freundlich.



„Nein, das heißt... sagen Sie ihm, Grete hat angerufen. Schwester Grete.“

„Na, schön, Schwester Grete. Sie werden ihn schreiben?“

„Das weiß ich noch nicht.“

Sie wußte sehr gut, sie würde ihm nicht schreiben. Er hatte sie hinausgeworfen, sie war keine Frau, die einem Mann nachließ, der sie nicht mehr wollte. Das hatte sie nicht notwendig!

Sie trat aus der Zelle heraus und ging langsam gegen das Krankenhaus zu. Vielleicht war Bothmann schon zu sprechen.

Der Portier kannte sie noch und ließ sie ein. Ein paar Schwestern nickten ihr eilig im Vorbeigehen zu. Andere kannte sie nicht. Das war wohl der neue Jahrgang. Auch einen Arzt erkannte sie, aber sie wußte nicht mehr, wie er hieß. Er war drei Tage vor ihrer Abreise eingetreten.

Als sie zu Bothmanns Privatlaboratorium kam, ging die Tür auf und eine Schwester kam heraus. Grete erkannte sie. Es war Schwester Viktoria, ein schönes, dunkles, raffiges Mädchen, die jetzt vor der Abblutprüfung stand. Sie war glühend rot im Gesicht und in ihren Augen lag ein freudiger Triumph. Grete sah sie und wußte, daß Bothmann sich sehr kühl empfangen würde.

Bothmann sah hinter seinem Tisch und schrieb. Als Grete ins Zimmer kam, sah er kaum auf. Er runzelte nur ein wenig die Stirn und sagte dann: „Ah, Schwester Grete. Was verschafft mir das Vergnügen?“

„Ich war jetzt an der Riviera“, sagte Grete. „und ich bin heute zurückgekommen.“

Bothmann sah sie lange an. Dann sagte er endlich: „Ich kann mir schon denken,

warum sie von oben weg sind. Ja, liebes Kind, das sind Sentimentalitäten.“

„Und jetzt bin ich arbeitslos“, sagte Grete hinzu. „Wenn Sie mir helfen ...“

Er hob die Hand und sie schwieg. „Liebe Schwester, wie kann ich Ihnen helfen? Sie wissen, die Pflegerinnenfabrik da wirft jedes Jahr die gleiche Anzahl diplomierter Schwestern hinaus. Wenn ich denen allen eine Stelle verschaffen sollte! Einmal habe ich für Sie getan, was in meiner Macht steht. Gehen Sie zur Oberschwester und lassen Sie sich vormerken. Die Stellenvermittlung gehört zu den Obliegenheiten der Oberschwester.“

„Und wo soll ich hingehen? Ich habe keinen Unterstand.“

„Die Oberschwester wird Ihnen ein Schwesternheim empfehlen, liebes Kind, dort sind Sie sehr gut untergebracht. Und jetzt entschuldigen Sie mich, ich habe zu arbeiten.“

„Aho rausgeschmissen! Grete ging zur Oberschwester, ließ sich als letzte in eine unendlich lange Liste von arbeitslosen Schwestern einteilen, bekam die Adresse eines Schwesternheimes und fuhr hinaus zur Bahn, ihr Gepäck zu holen.“

Sie hatte nicht ganz zweihundert Mark. Damit mußte sie auskommen. Vielleicht drei Tage, vielleicht bis in alle Ewigkeit. Sie hatte keinen Anspruch auf Unterstützung, sie hatte nicht lange genug gearbeitet und war die letzte Zeit im Ausland gewesen. Was sie beginnen sollte, wenn ihr Geld beim Teufel war, was der Winter ihr bringen würde, das wußte sie nicht.

Das Schwesternheim lag am äußersten Ende der Stadt. Es waren zwei niedrige, langgestreckte Baracken, zwischen denen ungepflegte Beete lagen. Ein paar Frauen, junge und ältere, in abgetragenen Hauskleidern, gingen in dem zweifelhaften Garten auf und ab, saßen auf kleinen Klappstühlen und lasen und lagen auf Strohsejeln und schliefen. Aber alle trugen sie das rote Kreuz mit der blauen Inschrift, das Diplomabzeichen des Krankenhauses.

Die Leiterin des Hauses war eine bissige, alte Jungfer. Sie war sehr lang, sehr dünn, hatte eine Salonnase, schwarze, zottige Haare, ganz lange, dünne Spinnenfinger und sah aus wie die Krupperhege. Grete wunderte sich, daß es so etwas wirklich gab.

Die Leiterin sagte mit ungeheurer Zungenfertigkeit die Hausordnung herunter. Jede Schwester verpflichtete sich, ihr Bett und ihren Kasten in Ordnung zu halten, abwechselnd mit den anderen die Schlafräume zu reinigen, täglich, außer wenn sie einen besonderen Kasiererschein hatte, um neun Uhr zu Hause zu sein, in den Gemeinlichkeitsräumen nicht zu rauchen, keine Herrenbesuche auf dem Zimmer zu empfangen und jede, ihrem Bildungsgrad und ihrer Stellung angemessene Arbeit anzunehmen, die ihr das Heim verschaffte.

Dieser Paragraph stammte wohl noch aus früheren Zeiten.

Dann erlegte Grete zwanzig Mark, fünf Mark Einzeldreibebühr und fünfzehn Mark Verpflegungsgeld für die kommende Woche. Die Leiterin ging zum Fenster und rief eine Schwester herein, teilte ihr mit, Grete habe Bett Nummer 28 und übergab die Neueingetretene der Führerin.

Der Schlafräum sah aus wie ein Spitalzimmer. Bett reichte sich an Bett, das war kein Spitalraum, das war eine Kaserne. Die Bettdecken lagen genau gleich gefaltet in den Betten, die blauen Mäntel der Decken so genau an derselben Stelle, als seien sie nach einer Schnur gelegt worden.

Sie wurden auch nach einer Schnur gelegt. Und nicht nur die Betten und die Decken wurden nach der Schnur ausgerichtet, auch die Becher auf den Nachttischen, die Nachttischen selbst, die Stühle, die neben den Betten standen, die kleinen Fußteppiche, die vor den Betten lagen ... alles wurde mit großer Mühe und großem Zeitaufwand mit Hilfe zweier unendlich langer Schnüre in die richtige Lage gebracht und blieb den ganzen Tag so. Die Leiterin legte sehr großen Wert darauf, daß nichts im Saal von seinem Platz weggerückt wurde.

Grete bekam einen engen, hohen Kasten, in dem sie alle ihre Sachen unterbringen mußte. Denn die Koffer durften auch nicht über eine Nacht im Zimmer bleiben, sie mußten sofort ins Magazin.

Nun stellte sich die Schwester vor, die sie in den Saal geführt hatte. Sie hieß Lilly. „Wie ist man hier untergebracht?“ fragte Grete.

„Ganz gut. Die Verpflegung ist reichlich und nicht teuer. Aber lassen Sie sich nur nicht einfallen, etwas in der Kantine zu kaufen. Die Verpflegung wird vom Schwesternverein beigegeben und wird sehr genau kontrolliert, die Leiterin weiß doch nie, ob nicht ein Mitglied des Vereinsvorstandes oder eine andere prominente Persönlichkeit inlogno hier wohnt. Das ist nämlich schon vorgekommen. Aber die Kantine führt sie auf eigene Rechnung. Da kostet alles um ein Drittel mehr als draußen.“

Grete bemühte sich, ihre Kleider auf die zwei Kleiderhaken zu hängen, die ihr zur Verfügung standen. Schwester Lilly stieß einen kleinen Schrei aus, als sie das Schuppenkleid sah.

(Fortsetzung folgt.)

Radio Programm

Wocheneinteilung: Montag 1. Jänner bis inkl. Sonntag 7. Jänner.

Montag, 1. Jänner. 10.00: Wiener Trompeterchor. — 10.30: Hans Christian Andersen: Zwölf mit der Post. — 10.50: Richard Strauß: Sonate für Violine und Klavier, Es-Dur, op. 18. — 11.20: Die Wit-Bien Neujahr feierte. — 11.50—14.00: Orchesterkonzert. — 15.05: Kammermusik. — 16.05: Neujahrssingen. — 16.35: Das musikalische Osterreich. Blasmusik (Eduard Pfeifer). — 18.00: Heinrich Hebbel. — 18.10: Besuch in Grillparzers Arbeitszimmer. — 18.40: Franz Schubert: „Winterreise“. — 19.50: Im Zeichen der Wiener Operette (Josef Holzner; Funfrohreiter).

Dienstag, 2. Jänner. 15.20: Die künstlerische Ausarbeitung der Urlaubsphotos. — 15.35: Kinderstunde. Der Tiere Lust und Leid. — 16.00: Alte Meister (Schallplatten). — 16.35: Balletstunde. — 17.05: Große Siege in der Welt des Sports. — 17.25: Wir stellen vor (Wally Gregoric; Max Rundgraber; Julius Katan). — 18.05: Neujahrsbrieftage und Haussegnen in Österreich. — 19.00: Musik von Charles Weinberger (Funfrohreiter; Josef Holzner). — 20.00: Das Feuilleton der Woche. — 20.30: Zeitfunk. — 20.45: Orchesterkonzert.

Mittwoch, 3. Jänner. 15.20: Auswahl der Zuchttiere in der Hühnerhaltung. — 15.35: Beneizianisches Theater zur Zeit des Rototo. — 16.00: Konzertstunde. — 16.35: Jugendstunde. Jagd vor zweitausend Jahren. — 17.20: Stunde österreichischer Komponisten. — 18.35: Unfallgefahren im Tiefbau und deren Verhütung. — 19.00: Zeitfunk. — 19.25: Übertragung aus der Staatsoper.

Donnerstag, 4. Jänner. 15.35: Kinderstunde. Das goldene Herz. — 16.05: Opernspitzen (Schallplatten). — 17.05: Billige Wehlspeisen für den Fasching. — 17.30: Bieder und Arien (Harriet Sanders). — 18.35: Bilder aus dem Gran Chaco. — 19.00: Unterhaltungskonzert (Funfrohreiter; Josef Holzner). — 20.15: „Die Großstadtlust.“

Das vollständige Programm des Wiener Senders und aller europäischen Sender bringt die billigste österreichische Radiozeitung, der „Randfunk“. Preis 25 Groschen, in allen Trafiken und Verschleißstellen erhältlich.

Schwan von Oskar Blumenthal und Gustav Radburg.

Freitag, 5. Jänner. 15.35: Jugendstunde. Josef Handl: Klaviertrio Nr. 1 (Zimmler-Trio). — 16.00: Aus Tonfilmen (Schallplatten). — 16.25: Frauenstunde. Briefe an eine junge Frau. — 16.50: Als österreichischer Ingenieur in Kleinasien. — 17.15: Konzertstunde. — 19.05: Wiener Stimmungsbilder (Josef Holzner; Eva Beyer; Doktor Josef Bergauer; Funfrohreiter). — 20.35: „Das Trüppchen von den heiligen Drei Königen.“ Bon Felix Timmermans. — 21.20: Der Kampf um den Menschen. Mensch und Technik.

Samstag, 6. Jänner. 10.00: Orgelvortrag (Franz Schütz). — 10.30: Kind und Tier. — 10.50: Vorträge auf zwei Klavieren (Franz Schmidt—Edgar Schiffmann). — 11.30: Mit Heimlichkeit und Brauch durchs Jahr. — 12.00—14.00: Orchesterkonzert. — 15.30: Gitarretammermusik (Vereinigung „Rondorf“). — 16.30: Bosnische Städte. — 17.00: Nachmittagskonzert (Funfrohreiter; Josef Holzner). — 18.35: Rudolf Alexander Schröder. Aus seinen Werken. — 19.05: Josef Schuster (Violoncello). Am Flügel: Walter Bricht. — 20.00: Der Spruch. — 20.05: Die populäre Oper und Operette. Funfropourri von Viktor Hrubý.

Sonntag, 7. Jänner. 8.00: Orgel (Louis Ditté). — 8.30: Morgenkonzert (Schallplatten). — 9.40: Ratgeber der Woche. — 11.00: Im Gleichnis. Lustige Geschichten von Hans Ratonet. — 11.20: Sinfoniekonzert. — 12.30—14.00: Unterhaltungskonzert (Josef Holzner; Wiener Sinfoniker). — 14.40: Lohndende Rindermaße. — 15.25: Kammermusik (Graf-Rurz-Quartett). — 16.25: Auf Römerstraßen in Libyen. — 16.55: Schallplattenkonzert. — 18.15: Alois Karl Sehried. Aus eigenen Werken. — 18.55: „Dithello.“ Oper von Verdi.

Die rote Spottdroffel

Blatt für Kritik und Humor



Neujahrsgesang.

Immer noch, in jedem Jahr,
Müssen Menschen streiten,
Müssen Not und Blutgefahr
Einander noch bereiten.
Immer noch, in jedem Jahr,
Jugendwo auf Erden,
Schlägt ein Kaiu den Abel;
Nie will ein Ende werden.
Immer noch, in jedem Jahr,
Müssen Menschen hungern,
Müssen obdachlos, auf Stroh,
Elend die Nacht verlängern.
Jugendwo, in jedem Jahr,
Ein Bruder speit dem Bruder
Den Haß ins Menschenangeficht;
Nie ruht der Kampf, nie ruht er!
Doch einmal kommt ein Neues Jahr,
Sei's auch in hundert Jahren,
Wo mit Augen, Licht und Klar,
Kur Menschen sich um Menschen
scharen;
Der Freiheit heller Sonnenschein
Am Himmel flammt, dem blauen,
Und Menschen nur, mit Herzen rein,
Der Zukunft Tempel bauen.
Drum Brüder all und auch Ihr Schwestern
alle,
Ihr Sozialisten, recht und wahr,
Stimmt ein, mit frohem Schalle:
Ein Profit! — diesem Neuen
Jahr.

Ende.

Der Lenzn-Sepp ist heuer allein am
letzten Tage des Jahres. Sonst kamen sie
immer oben am Berg in der geräumigen
Stube zusammen. Der große Kachelofen gab
behagliche Wärme und die Männer plau-
berten über das vergangene und das zu-
künftige Jahr, was war und was sein wird.
Heuer ist er die Tage allein. Man hat ihm
gedroht mit dem Anhaltelager, falls
noch einmal die Männer in seinem Saale
zusammenkämen. Daß beim Lippel immer
acht bis zehn im Keller politische Reden
führten, das ist der Gendarmerie noch nicht
zu Ohren gekommen, aber das Haus auf der
Höhe, das so frei in der Winter Sonne leuchtet,
ist verdächtig. So ist er allein mit seinem
Weib und seinen Kindern. Die Buben
schauen im neuen Kalender Bild an und
lesen manche kurze Geschichte. Das Weib
streckt an Häufelchen und schaut von Zeit zu

Zeit auf die Buben, dann auf den Mann, der
jüngend in einem Umschlag Blatt um Blatt
aufgreift, überliest und wie zur Seite legt:
Der Lenzn-Sepp hält Rückschau und macht
Bilanz: ein hartes Jahr, ein schweres Jahr.
Arbeit seltener, Taglohn kleiner, das Leben
teurer. Großes Lamentieren der Bauern und
Geschäftsleute, dabei Kürzung der Gehälter,
Entlassungen von Angestellten, Schwächung
der Kaufkraft, Ausschaltung des Parlaments,
Gleichschaltung und Entdeckung des öster-
reichischen Menschen, als ob er früher nicht
dagewesen wäre. Erfindung einer neuen
vaterländischen Gesinnung, als ob die Mil-
lionen, die im Karst, in den Dolomiten, in
den Karpaten und in polnischer Erde
schlafen, nicht alles fürs Vaterland gegeben
hätten. Auserstehen und Wiedererwachen der
alten Deutschmeister mit ihrem „Murra“.
Konzentrationslager, um alle österreichischen
Nazi dort umzuwandeln, wenn schon nicht
zum Gebrauch der vaterländischen, so doch
zur Einreihung in die Nationalständische
Front. Erneute Türkengefahr und Abwehr
durch den Heimwehr-Starhemberg, der vor-
läufig auf der Flucht ist. Großer Schneefall
und schwere Kälte, wodurch die Arbeitslosig-
keit um die Zahl der Schneeschaufler und
Eishacker geringer wurde. Dann Zerfall der
ganzen Pracht durch plötzliches Eindringen
warmer Westluft, wodurch wir in einen
Quatsch von Wasser und Dreck kamen, was
aber für die armen Leute besser war, weil
sie weniger in den Ofen und desto mehr in
den Wagen schieben konnten, was ihnen die
Feiertage verschönte und den Frieden auf
Erden brachte, weil sie nicht mehr froren.
So erfährt das Ende in Schlamm und
Schmutz wie der Christbaum, der so schön
in Tand und Glitter war.

Schalldämpfer für Schnarcher.



Die Verschuldung der deutschen Landwirtschaft.

Die entscheidende Frage für die deutsche Land-
wirtschaft bleibt die Lösung des Schuldenproblems.
In den letzten Jahren sind viele Tausende von
Höfen niedergebroschen und zur Versteigerung ge-
kommen.

Die Nationalsozialistische Partei in Deutsch-
land hatte in ihrer Propaganda gegen die frü-
heren Regierungen den Landwirten nicht nur
weitgehende Erleichterungen in der Schuldenfrage
versprochen, sondern sogar fertige Pläne zur
landwirtschaftlichen Entschuldung angekündigt,
die sofort durchgeführt werden sollten, wenn das
„Dritte Reich“ anbricht. Es fehlen nur mehr
wenige Wochen zur Vollendung des ersten Jahres
der nationalsozialistischen Regierung. Weit und
breit ist aber von einer Erfüllung der seiner-
zeitigen Versprechungen nichts zu sehen. Auch
heute ist der Herr Reichsbauernführer Darré noch
nicht in der Lage, wirksame Pläne zur land-
wirtschaftlichen Entschuldung bekanntzugeben.
Innerhalb der deutschen Bauernschaft ist eine
schwere Enttäuschung eingetreten, die immer mehr
einer wachsenden Empörung und Erbitterung
Platz macht. Die nationalsozialistische Führung
muß bereits daran gehen, jede Ausbreitung der Un-
zufriedenheit, ja jede noch so faßliche Kritik rück-
sichtslos mit Gefängnis, Selbststrafen sowie Kon-
zentrationslager zu verfolgen.

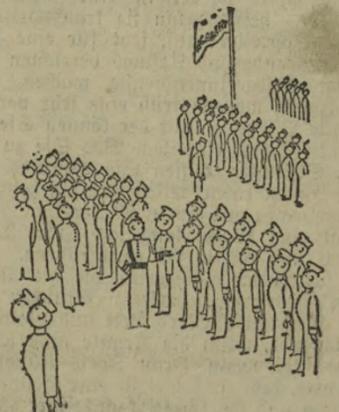
Das Problem der landwirtschaftlichen Ent-
schuldung bleibt weiter ungelöst, die Situation
wird weiter verschlimmert. Die bisher erlassenen
Maßnahmen vermengen rein demagogischen Inhalt
mit mangelndem Verständnis der Grundfragen
einer aufbauenden Agrarpolitik. Betrachten wir
etwa das Reichserbhofgesetz! Es enthält die
Bestimmung, daß die sogenannten Erbhöfe,
das sind alle landwirtschaftlichen Betriebe zwischen
25 und 250 Joch, nicht belastet werden
dürfen. Diese Bestimmung ist ein wahrer Hohn
auf die tatsächliche Lage, denn gerade diese Be-
triebe sind am meisten verschuldet. Jeder land-
wirtschaftliche Kredit — und sei er selbst für
die notwendigsten Betriebsausgaben — wurde
durch das Erbhofgesetz mit einem Schlags unter-
bunden, da weder der Besitz, noch seine Er-
träge als Sicherheit gegeben werden dürfen.
Und die Folge davon — Wechselkredite
mit Wucherzinsen!

Es geht nun nicht mehr so weiter. Nach
Monaten ergebnislosen Wartens tauchen nun die
ersten „Pläne“ zur landwirtschaftlichen Ent-
schuldung vorsichtig und getarnt auf. Ein zen-
trales landwirtschaftliches Kreditinstitut soll zur

Übernahme der gesamten Verschuldung der Erb-
höfe Rentenbriefe mit Haftung des Staates —
da andere Sicherheiten unmöglich sind — aus-
geben. Die „Erfolgsicherheit“ dieses Planes ist
schon daraus sichtbar, daß er zu einer Zeit auf-
taucht, wo die Reichsbank wegen dauernden Kurs-
verlustes etwa für 200 Millionen Reichsmark
Steuerquittungen aus dem Markt nehmen mußte.
Und da glaubt man — oder redet wenigstens
davon — mehrere Milliarden Reichsmark neuer
Rentenbriefe unterbringen zu können?

Und noch ein zweites: Vor wenigen Tagen
fanden Beratungen der deutschen gleichgeschalteten
landwirtschaftlichen Genossenschaften zur Kredit-
lage statt. Und was war das Ergebnis? Die
Mitteilung, daß in Zukunft für Investitionen
— also für notwendigen Ausbau oder Neuerrich-
tung von Wirtschaftsgebäuden, Ankauf von
Maschinen usw. — keine Kredite mehr ge-
geben werden können, und daß diese Leistungen
aus Ersparnissen gedeckt werden sollen! Mit
diesem direkt zynischen „Ratschlägen“ be-
streitet das Nazisystem seine mit großen Ver-
sprechungen angekündigte „Agrarpolitik“! Und
über der ganzen Enttäuschung und Verzweiflung
der Bauernschaft lastet die Drohung: „Es ist ver-
boten, Maßnahmen und Verordnungen des
Reichsbauernführers Darré zu kritisieren!“ Also
keine Hilfe, Bitten und Beschwerden verboten
und als letzte Regierungsweisheit Polizei, Ge-
fängnis und Konzentrationslager!

Militarismus.



„Jeden Tag kann ein Krieg ausbrechen
und da rennen Sie mit einem nichtgeputzten
Knopf herum?“